Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 41.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 17. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 16. Jan. Der König hat den Gerichts-Assessor Dr. jur. Julius Rudolf Schnaubert in Pillkallen zum Landrath; sowie dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Berlin, Dr. Waldeyer, den Charakter als Geheimer Medizinal-Rath verliehen.

Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. med. Mumm zu Gelnhausen ist zum Kreis-Physikus der Kreises Gelnhausen ernannt worden.

Dem Landrath Dr. Schnaubert ist das Landrathsamt im Kreise Pillkallen übertragen worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung.

Berlin, 16. Januar. Am Ministertische: v. Puttkamer, v. Scholz, v. Goßler, Friedberg.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Der Abg. Freih. v. Hüne ist neu in das Haus eingetreten.

Das Haus setzt die Generaldiskussion über die Steuerreformgesetze fort.

Abg. Freih. v. Zedlitz (Mühlhausen): Die gegenwärtige Vorlage entspricht völlig der im vorigen Jahre hier gefaßten Resolution. Der Standpunkt der Resolution ist auch mit Bezug darauf festgehalten worden, daß die Rentensteuer nicht auf den Grundbesitz erstreckt werden soll. Die Regierung hat erfüllt, was von der Linken als eine Forderung des konstitutionellen Rechtes verlangt worden ist. Statt dies anzuerkennen, hat Abgeordneter Richter die Staatsregierung verspottet, daß sie ihren Standpunkt verändert hat. Dieses Vorgehen des hervorragenden Führers der radikalen Partei (Widerspruch links), ja, meine Herren, der radikalen Partei beweist, daß es für die Fortschrittspartei bei ihren Forderungen nach parlamentarischem Regiment sich nicht um eine Stärkung der gesammten Landesvertretung, sondern um die Stärkung ihrer eigenen Fraktion allein handelt. Abgeordneter Richter hat den Vorschlag gemacht, nicht in eine ernste Berathung der Vorlagen einzutreten, sondern sie der Tagesordnungs-Kommission zu übergeben. Ja, freilich, an Kommissionsarbeiten betheiligt sich Abg. Richter schon lange nicht mehr, bei solch' ernsten Arbeiten ist keine Agitation zu machen. (Sehr wahr! rechts.) Wenn Herr Richter den Entwurf eine dilettantische Arbeit genannt hat, so erwidere ich, daß wir seit langer Zeit nur eine einzige positive Forderung von Herrn Richter gehört haben und zwar im Laufe der vorigen Legislaturperiode, und diese zeigte nicht nur Dilettantismus, sondern eine durchaus naive Unkenntniß. Sehr wahr! rechts, Heiterkeit links.) In Bezug auf die Vorlage stehen wir auf dem Standpunkte, daß die Steuerlast gerecht und gleichmäßig vertheilt werden muß. Auf die Steuerexekutionen legt die Staatsregierung doch wohl einen zu großen prinzipiellen Werth. Man kann die Exekutorfrage für die Steuerstufe bis 900 Mark Einkommen bereits ohne dieses Gesetz als gelöst betrachten. Die Konsequenzen, welche aus der Erweiterung der Befreiungsgrenze für die ländlichen Kommunalsteuern folgen, führen zu der Meinung, daß es besser wäre, es bei der bisherigen Befreiungsgrenzen von 900 Mark zu belassen. Um bei der Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Kapitalrentensteuer die Doppelbesteuerung der inländischen Aktienbesitzer zu verhüten, schlage ich vor, ihnen ihren Antheil auf diese Steuer in ihrer Einkommensteuer abzurechnen. Nothwendig ist diese Heranziehung durch das Gesetz aber, um endlich das ausländische Kapital, das bei uns in so hohem Maße mitarbeitet in die Steuer mit einzufassen, da es sich bisher stets entzogen hat. Das Veranlagungsverfahren ist von ganz eminent praktischer Bedeutung. Was die gewöhnlichen Arbeiter und Handwerker betrifft, so ist die Forderung der Deklarationspflicht ganz überflüssig. Der Gemeindevorstand hat viel bessere Mittel, um das stets konstante Lohn- und Einkommenverhältniß zu erfahren. Für andere Berufe ist diese Forderung freilich berechtigt, exorbitant ist sie keineswegs, da sie in anderen Gesetzgebungen sich vielfach findet. Mit Unrecht ist sie also gestern in agitatorischer Weise bekämpft worden. (Sehr richtig rechts.) In Bezug auf die Organe des Veranlagungsverfahrens hat Herr Richter hier einen positiven Vorschlag gemacht — ich glaube, ein ähnliches Monstrum, ein Phantasiestück, so unpraktisch wie dieses, ist vorher noch nicht gemacht worden. Eine solche Konstruktion besteht in der ganzen Welt nicht. Dann hat Herr Richter eine scharfe Polemik gegen die Betheiligung der Landräthe an der Einschätzung geführt. Ich glaube, daß jeder ehrliche Mann die Pflicht hat, eine solche Insinuation gegen eidlich verpflichtete Beamte entschieden zurückzuweisen. Ich bin selbst früher Landrath gewesen und kann eine derartige Zumuthung in keiner Weise dulden. (Unruhe links.) Etwaige Mehrbeträge aus neuen Steuern wünsche ich zur Erleichterung der Kommunallasten verwendet zu sehen; einer Quotisirung dieser Steuer muß ich entschieden widersprechen. — Wenn ich sprechen wollte, wie Herr Richter, so würde ich sagen, durch ihren Antrag vom 16. Juli 1880 haben die Herren Richter und Hänel die Volksrechte verkauft aus Wahlrücksichten. (Große Heiterkeit links.) Sie haben am wenigsten das Recht, hier von Schmälerung der Volksrechte zu sprechen. Wir freilich sind der Meinung, daß das Gesetz vom 16. Juli 1880 bei Seite geschoben werden muß. Ist das Ziel dieses Gesetzes denn nicht erreicht? Wenn wir die 3. und 4. Stufe befreien, so liegt keine Veranlassung vor, es noch zu behalten. — Freilich sage auch ich: Es muß ein Weg gefunden werden, um eine Benachtheiligung der unteren Klassen in Bezug auf das Landtags- und Kommunal-Wahlrecht zu vermeiden. Für die Landtagswahl ist dies zwar schwer, doch wird es auf irgend einem Wege dies zu erreichen der Kommission bei ernster Arbeit möglich sein. Wenn Abg. Richter die akademische Behandlung der Frage, ob die Rentensteuer auch auf den Grundbesitz auszudehnen sei, anregt, so steht er damit im Widerspruch mit der Majorität des Hauses, die in ihrer vorjährigen Resolution die Rentensteuer allein für das mobile Kapital gefordert hat. — Mit der Forderung einer Erleichterung der Gewerbesteuer bin ich völlig einverstanden; die ist ursprünglich eine Forderung der Konservativen, welche dann später erst die Fortschrittspartei in ihr Programm aufgenommen hat. Herr Richter glaubt Gerechtigkeit zu üben, wenn er das mobile Kapital nicht mit gleichem Maße messen will, wie den Grundbesitz. Das Programm Richter's klingt wie eine Satyre auf das Programm seiner Partei „Gleiche Gerechtigkeit für Alle" — es bedeutet eine kolossale Schädigung des Grundbesitzes. (Sehr richtig! rechts.) Etwas so Naives, wie Herrn Richter's Ausführungen über den Einfluß der Kapitalrentensteuer auf den erhöhten Ankauf von Grundstücken habe ich noch nicht gehört. Wird denn ein Rentenbesitzer von 10,000 Mark um der 200 Mark Steuer willen das Risiko des Grundbesitzes auf sich nehmen? Der Grundsatz der Gerechtigkeit besteht für die Fortschrittspartei in der Heranziehung des Grundbesitzes zu Gunsten des immobilen Kapitals. Gegen die Bankiersteuer bin auch ich; diese Steuer gehört nicht in dieses Gesetz. Wenn der Erwerb aus dem Kapital, mit dem die Bankiers arbeiten, getroffen werden soll, muß dies im Rahmen der Gewerbesteuer geschehen. Will man das Bankwesen höher besteuern, womit ich durchaus einverstanden bin, so möge man die Gewerbesteuer hierfür erhöhen. (Beifall rechts.)

Abg. Hobrecht: An die Spitze dieser überaus wichtigen Vorlage ist die Forderung gestellt, die 3. und 4. Stufe von der Steuerpflicht freizugeben. In der Resolution des vorigen Jahres ist von einer solchen Forderung nichts enthalten; wohl ist diese Befreiung der beiden Steuerstufen in der damaligen Kommissionsberathung gefordert, von der Majorität der Kommission aber abgelehnt worden. Die Regierung hat ihre Anschauung in dieser Frage nicht verleugnet, ich aber habe den Eindruck, daß, wenn diese Frage nicht durchaus von politischen Gesichtspunkten betrachtet würde, die Steuerbefreiung der beiden Stufen von allen Seiten abgelehnt würde. — Durch die vom Herrn Finanzminister geltend gemachten Gründe ist meine Anschauung nicht erschüttert worden. Es waren sehr allgemeine elastische Sätze, die uns geboten wurden. Sehr schwer, wenn überhaupt möglich, wird es sein, die Grenze für eine solche Steuerbefreiung in bestimmte Zahlen zu übersetzen. Die Verschiedenheit des Geldwerths in den einzelnen Landestheilen ist so bedeutend, daß vielfach Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten entstehen würden. Man müßte einen Durchschnittssatz finden, wie man ihn bei dem Erlaß für die erste und zweite Steuerstufe getroffen hat, wodurch für alle Landestheile eine gleiche Grenze geschaffen worden ist. — Der Hinweis auf die zahlreichen Exekutionen in der 3. und 4. Steuerstufe erweckt ja sicherlich Theilnahme; aber wenn auch die Exekutionen nach oben hin, in den oberen Steuerstufen abnehmen, so folgt daraus noch keineswegs, daß der Steuerdruck in den höheren Steuerstufen geringer ist, oder leichter empfunden wird, als in den unteren. Man bringt in den oberen Steuerklassen nur eben mehr Opfer, um das Aeußerste, die Exekution zu vermeiden. Ich glaube also auch nicht, daß die Rücksicht auf mögliche Vorbeugung von Unzufriedenheit uns zu dieser Befreiung bestimmen darf, denn größer als die Befriedigung in den befreiten Stufen wird das Mißfallen, die Unzufriedenheit in den anderen höher belasteten Stufen sein. Ich habe aus meiner Thätigkeit in Berlin die Erfahrung gewonnen, daß die Klagen sich weniger gegen die Höhe der eigenen Steuern, als vielmehr gegen die Ungleichheit in der Einschätzung zu richten pflegen. — Der Aufhebung der ersten und zweiten Stufe zu folgen wird den meisten Kommunen schon sehr schwer werden; noch weiter zu gehen bis zur Aufhebung der dritten und vierten Stufe ist für die Kommunen eine Unmöglichkeit. Anders läge die Sache, wenn der Staat die Steuern für die dritte und vierte Stufe aufgegeben hätte weil sie entbehrlich sei. Dann könnte die Kommune sie ruhig und unangefochten weiter erheben; weil sie ungerecht ist — da ist dann die Kommune in einer üblen Lage, wenn sie die als ungerecht bezeichnete Steuer erheben soll. (Sehr wahr! links.) Wird aber diese Aenderung des Steuergesetzes mit dem Wegfall der dritten und vierten Steuerstufe angenommen, so muß nothwendig auch eine Aenderung des Wahlrechtes folgen. Denn dieses Gesetz schafft eine völlig andere Situation, als der Steuererlaß des Vorjahres. Die früher schon aufgeworfene Frage, ob es dazu nicht einer Verfassungsänderung bedürfe, tritt in Folge dieses Gesetzes in eine ganz andere Beleuchtung; ich glaube, wir müßten entschieden eine Verfassungsänderung vornehmen. Zu der Kapitalrentensteuer übergehend, bemerke ich, daß in der Kommission, die im Vorjahre die Resolution berathen, Herr v. Hammerstein ausdrücklich einer Kapitalrentensteuer nur für den Fall zugestimmt hat, daß damit eine Reform der anderen Ertragssteuern verbunden werde. (Hört, hört! links.) Ich stehe ganz auf dem Boden dieser Anschauung, der Minister aber hat der vorjährigen Resolution eine viel bestimmtere und einschränkendere Bedeutung gegeben. Wir treten ganz frei an diese Vorlage heran, ein formelles Engagement, welches uns zur Annahme der Vorlage zwingen könnte, liegt also für uns keineswegs vor. Die Kapitalrentensteuer ist ohne eine Reform der anderen Ertragssteuern nichts als eine neue, weitere Belastung. — Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer im Rahmen dieses Gesetzes zu behandeln, halte ich nicht für möglich. — Die Einführung der Deklarationspflicht halte ich für ein sehr gewagtes Experiment. Das Gelingen desselben hängt allein jedesmal vom Volkscharakter ab. — Die Deklaration darf kein Urtheil, sie muß ein Zeugniß sein und auf alle Censiten sich in gleicher Weise erstrecken, nicht aber nur auf einzelne Berufsarten. — Die Abschaffung des Verwendungsgesetzes, wie sie die Vorlage vorschlägt, ist unter keinen Umständen zu billigen. Das Recht, das dieses Gesetz uns gewährt, dürfen wir nicht aufgeben. Ich würde jedoch meine Zustimmung dazu geben, daß man das Verwendungsgesetz in der Weise ändert, daß sie auch für die durch diese Vorlage neu geschaffene Situation Anwendung finden kann. So hoffe ich denn, daß wir über diese wichtige Frage nicht allzuschwer hinwegkommen würden. — In der Bankiersteuer erblicke ich eine bedauerliche Feindseligkeit gegen das Kapital; es scheint, als ob man dem Kapital gegenüber nicht die Gleichheit mit allen anderen Faktoren gegenüber gelten lassen wolle. — Wie groß die Einnahmen sein werden, die die Regierung aus dieser Vorlage erhält, läßt sich jetzt noch gar nicht übersehen! Wir dürfen aber keinen Steuerzuwachs bewilligen, ohne jederzeit die Mittel zur Korrektur in der Verwendung der Steuersummen in der Hand zu behalten. In welcher Form die Sicherungen, die wir verlangen müssen, gegeben werden sollen, hängt noch von der Form ab, die das Gesetz erhalten wird. Für mich aber ist das Gesetz unannehmbar ohne das Schutzmittel der Quotisirung der Steuer und das jährliche Bewilligungsrecht. (Beifall links.)

Abg. Dr. Wagner-Westhavelland: Als im Dezember der Herr Finanzminister diese Vorlage einbrachte, glaubte ich, daß Alle, die der vorjährigen Resolution beigestimmt, also die Majorität des Hauses, die Vorlage freudig begrüßen und die Gegner die Unrichtigkeit ihrer damals geäußerten Zweifel einsehen würden. Daß aber 22 Redner gegen die Vorlage sich gemeldet haben, steht doch im Widerspruch mit dem Majoritätsbeschluß und dem freundlichen Entgegenkommen der Staatsregierung, der die rechte Seite dieses Hauses ihren innigsten Dank aussprechen muß. Gerade vom Standpunkte des Parlaments verdient die Regierung diesen Dank. In jener Sitzung des Vorjahres war es Herr Hänel, der mit jener Schlichtheit, die wir an ihm kennen (Heiterkeit), in der Pose eines römischen Tragöden auf hohen Kothurn erklärte, die Resolution werde fruchtlos sein. Diese Schicksalsstimme hat sich als die eines falschen Propheten erwiesen. Die Regierung hat die Resolution so aufgestellt, wie damals die Majorität — sie ist noch etwas weiter gegangen, indem sie bei 10,000 Mark erst die Grenze für die Steuerskala aufstellt. Es entspricht der Resolution, wenn die Vorlage die individuellen Verhältnisse berücksichtigt, veränderte Veranlagungsbestimmungen trifft, die Deklarationspflicht anführt. In Punkt 2 hatte die Resolution eine Besteuerung der Kapitalrente verlangt. Die liberale Presse ist sofort im Schlepptau der Börse gegangen (Heiterkeit. Abg. Richter ruft: Mitarbeiter der Börsen-Zeitung), die kapitalistische Presse, voran die „National-Zeitung", hat sich nicht gescheut, diese Vorlage anzugreifen, bevor sie noch eingebracht war. — Ich kann mich im Ganzen mit der Kapitalrentensteuer befreunden, die auch in süddeutschen Staaten mit liberaler Gesetzgebung bereits eingeführt ist. Das Kapital hat das Privileg, daß es schwer getroffen werden kann; dieses Privileg wollten wir beseitigen. Auf der liberalen Seite hat man den schon schwer belasteten Grundbesitz noch mehr belasten wollen. (Widerspruch links). Sie rufen jetzt, das wollen wir nicht! Ich mache Sie verantwortlich für das, was Ihre Presse schreibt (Widerspruch links). Der „Reichsfreund" wird von Mitgliedern dieses Hauses redigirt. (Abg. Richter ruft: Vorlesen, es hat nicht darin gestanden! Rufe rechts: Ruhe! Abg. Richter: Vorlesen! — Große Unruhe.) Der Kapitalist ist bisher weder rechtlich noch thatsächlich genügend zur Steuer herangezogen worden. Die Liberalen müßten deshalb der Vorlage freudig zustimmen, da eine gleiche Vertheilung der Lasten durch sie angestrebt wird. Richtig ist, daß der Hauptpunkt der Besteuerung in der indirekten Steuer liegt, aber man darf nicht einseitig vorgehen und muß auch die direkte Steuer umgestalten. Wir wollen neben der indirekten Verbrauchssteuer in der Form der direkten Personalsteuer Dreierlei. Erstens die Befreiung der sogenannten Leute mit bis etwa 1200 Mark Einkommen, zweitens Ermäßigung der Mittelklassen und drittens erhöhte Besteuerung der wohlhabenden und reichen Schichten der modernen Erwerbsgesellschaft. Abg. Richter hält die Reform der Gewerbesteuer für wichtiger als dieses Gesetz. Aber ohne neue Mittel, die er doch am wenigsten bewilligen wird, kann diese allerdings wichtige Gewerbesteuer-Reform nicht vorgenommen werden. Wenn die Regierung eine Gewerbesteuer einbrächte, würde Abg. Richter und die Fortschrittspartei dagegen sein, wenn dadurch die Kapitalisten getroffen würden. (Abg. Richter ruft: Ja, hier sitzen die Geldsäcke! Große Heiterkeit.) Die gesammte Steuervorlage involvirt eine wesentliche Verbesserung unseres Steuerwesens. Ich wende mich zu einigen Einzelheiten. Der Erlaß der Steuer bis zu einem Einkommen von 1200 Mark ist in den Motiven gut begründet. Die Salzsteuer, der Kaffeezoll belasten den kleinen Mann, es muß ihm eine Entlastung geboten werden. Ich bin sogar dafür, noch etwas höher als 1200 Mark zu gehen, so daß dann gewisse Klassen, wie Arbeiter, Dienstboten 2c. ganz frei werden. — Für die einheitliche Steuer ist aber eine bessere Veranlagung eine conditio sine qua non. Es handelt sich darum, aus den Steuern das wirklich zu erhalten, was in ihnen vorhanden ist. Ohne Deklarationspflicht ist eine gerechte Vertheilung der Steuern nicht möglich. Deklarationspflicht, das bedeutet Angabe der Einkommen- und Vermögensverhältnisse, ist doch nichts Schlimmes. Die Vorlage genügt freilich in diesem Punkte nicht, denn sie greift willkürlich eine Berufsklasse heraus und schafft eine generelle Deklarationspflicht. Die Deklarationspflicht der Arbeiter ist nur deshalb ungebührlich, weil sie sich nicht auf alle Berufsklassen erstreckt, wie zum Beispiel im Bayerischen Steuergesetz. — Beim Steuertarif erscheint mir der Uebergang von 0 zu 12 Mark Steuer zu schroff; hier muß irgend eine schmiegsame Steuerskala geschaffen werden. Der Maximalsatz von 3 pCt. genügt mir nicht; für die großen Kapitalien schlage ich einen Maximalsatz von 4 pCt. vor. — Bei der angestrebten Berücksichtigung der individuellen Umstände für die Steuerbestimmung verlange ich, daß obligatorisch zwischen Einzelsteuer und Familiensteuer unterschieden und außerdem die Größe der Familie mit in Anschlag gebracht werde. (Sehr richtig!) Bei größeren Familien drücken die indirekten Steuern schon härter als bei kleineren! — Der Auffassung der Regierung über die Besteuerung der Aktiengesellschaften kann ich mich nicht anschließen. Das Einkommen der Aktien-Gesellschaften ist logisch das der Aktienbesitzer und diese kann man doch nicht vierfach besteuern, wenngleich Präzedenzfälle z. B. in Sachsen vorliegen. Diese Steuer erscheint mir zu hoch; wohl aber bin ich dafür, daß wir das Einkommen der Aktienbesitzer gleich an der Quelle besteuern. Im Ganzen bin ich für Annahme der Steuervorlagen, selbst ohne Quotisirung. (Beifall rechts.) Gegen den Abg. Richter will ich mich zum Schlusse noch wenden. Im vorigen Jahre habe ich Herrn Richter's Stimme nur in unartikulirten Lauten und Zurufen vernommen, erst gestern war es mir beschieden, ihn als Redner schätzen und kennen zu lernen. Ich bin sehr enttäuscht worden. (Heiterkeit.) Sehr charakteristisch war mir die Gehässigkeit, die sich in Herrn Richter's Rede gestern gegen die Herren Minister und dem Herrn Reichskanzler zeigte. Ich sollte doch meinen, daß auch die Polemik gegen die Minister ihre Grenze haben muß (Heiterkeit links) und daß man ihnen ihre verantwortungs- und dornenvolle Aufgabe nicht so erschweren darf. Ich glaube nicht, daß ein solches Auftreten das parlamentarische Leben in achtungswerthen Kreisen populär macht. (Beifall rechts.) Wenn diese Grundsätze der Finanzpolitik Boden fassen, Grundsätze, die darin gipfeln, Jeden zu warnen, dem Staate Geld zu bewilligen (Widerspruch links), dann Gnade Gott der Entwickelung des deutschen Volkes. Ich würde für ein solches Verfahren den bezeichnenden Ausdruck finden, wenn ich nicht hier im Hause spreche; außerhalb würde ich es zu brandmarken wissen. Von den fortschrittlichen Partei-Organen aber will ich sagen, daß ich etwas mehr Unpatriotisches, etwas elend Demagogenhaftes nicht kenne. (Beifall rechts, Unruhe links.) Leider würde unser Staat ein Experiment nicht vertragen, welches ich sonst gern anstellen möchte. Ich wünschte, Sie von der Linken sollten nur einmal ein Jahr lang ein Portefeuille erhalten. Was würden Sie machen? Herrn Richter's Politik ging gestern auf Verminderung der Steuern hin. Wie würden Sie damit regieren wollen? (Abg. Richter ruft: Würde ich schon zeigen! Heiterkeit.) Ihre ganze Thätigkeit läuft jetzt auf Versprechungen hinaus — was würden Sie machen, wenn Sie diese praktisch erfüllen sollten? Es würde Ihnen gehen wie Gambetta, als er ins Ministerium trat. (Heiterkeit.) Herr Richter hat der Vorlage die schwersten Vorwürfe gemacht. Wenn Jemandem Nichts recht ist, muß er natürlich selbst einmal Etwas bieten. Und da hat nun gestern Herr Richter den alten manchesterlichen Grundsatz von Leistung und Gegenleistung uns wieder vorgeführt. Das war Alles. Herr Richter warnt vor indirekten Steuern schön, aber die direkten will er auch nicht. Das hat nur Sinn, wenn er die Bedürfnisse des Reiches, des

Staates, der Kommune verringert. Wie aber wollen Sie das? Wollen Sie die Armee verkleinern? Ich denke an Frankreich und Rußland — eine Schwächung unserer Armee ist doch unmöglich. Und wer — außerhalb des Hauses — das Gegentheil den Leuten weißzumachen sucht, handelt der im Interesse des Vaterlandes? (Sehr richtig! rechts.) Wenn Abg. Richter in seinen übrigen Ausführungen Recht hätte, müßte man glauben, die Minister steckten die Millionen in ihre eigene Tasche. Abg. Richter hat nachzuweisen gesucht, daß die Kapitalrentensteuer den Werth der Grundstücke erhöhen würde. Ist das nicht wieder schablonenhaft theoretisirt? Wer wird denn der 2 Prozent wegen Grundbesitzer werden wollen? Abg. Richter hat gestern dasselbe gesagt, was früher der „Reichsfreund“ sagte (Heiterkeit), daß nämlich 20 Millionen bei der Vorlage herauskommen werden. Es wäre sehr schön, wenn es wahr wäre, sie würden zum Besten des Staates Verwendung finden. Es ist wahr, wir brauchen mehr Mittel, weil wir mehr öffentliche Thätigkeit brauchen. In der ganzen Kulturwelt zeigen sich erhöhte Forderungen, außer in Nordamerika. Dieses Land hat eben keine Feinde, wir jedoch müssen noch lange Schildwache stehen. — Gelingt uns diese Reform der Staatssteuern, so wird uns auch die Kommunalsteuer-Reform leichter werden; durch die Entlastung der kleinen Leute macht übrigens die Vorlage diese Bevölkerung zahlungsfähiger für die Kommune. — Ich resumire mich dahin, daß Seitens des Abg. Richter in keinem Punkte etwas bewiesen ist, was sein wegwerfendes Urtheil über die „Dilettantenarbeit“ rechtfertigt. Die Regierung schlägt den Weg einer gerechteren Vertheilung in dem Sinne vor, daß die wohlhabende Klasse schärfer besteuert, die untere entlastet wird. Wären Sie auf der Linken wirklich Vertreter des Volkswohls, sie müßten sich freuen, daß wir die Traditionen von 1848, die sie verlassen haben, wieder aufnehmen. Wir müssen uns erheben über die Fraktionsgegensätze und persönlichen Liebhabereien. Ich appellire an Ihren Patriotismus, dem ich diese Vorlage, ein Stück der sozialen Steuergesetzgebung, anempfehle. Wo die Noth am größten, da wollen wir zuerst beginnen! Wer weiß wie lange wir im Innern und nach Außen Frieden haben und Ruhe zu solcher Thätigkeit. Jede politische Partei im Lande hat allen Grund, gegenüber den Gefahren der sozialen Frage und der äußeren Lage zu bedenken, daß wir den Parteistandpunkt verlassen müssen, wenn es sich um das Heiligste, um's Staatsinteresse handelt. (Zurufe links: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache, wie man eben von der Sache, von Steuerpolitik sprechen kann, ohne den Bedarf zu berücksichtigen, das kann ich nur von Ihnen lernen. (Heiterkeit.) Sagen Sie mir, wie Sie den Bedarf vermindern können, können Sie dies nicht, so müssen Sie mir zustimmen. Wir brauchen Steuern und legen sie auf die Schultern Derer, die sie am Wenigsten drücken. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. v. Gerlach (kons.): Die Kapitalrentensteuer soll eigentlich nur die Kapitalisten treffen, aber sie trifft leicht auch den Grundbesitzer und namentlich den kleinen. Dieser braucht, zur Zeit der Ernte namentlich, deren Erträge er nie mit Sicherheit vorausbestimmen kann, wie überhaupt zur Bewirthschaftung seines Besitzes immer ein kleines Kapital, das er sich auf irgend eine Weise verschaffen muß. Nun soll er zur Deklaration desselben verpflichtet werden und wird so für die zur Führung seiner Wirthschaft nöthigen Summen besteuert, während der Bankier, der mit seinem ganzen Kapital arbeitet, nur von der Gewerbesteuer betroffen wird. In dieser Beziehung muß jedenfalls ein Ausgleich geschaffen werden. Redner bezeichnet im Uebrigen die Entwürfe, besonders die Kapitalrentensteuer, als ihm sympathisch und hofft, daß in der Kommission befriedigende Gesetze zu Stande kommen.

Abg. Dr. Windthorst: Wir haben den Antrag, die Vorlagen einer Kommission zu überweisen, unterstützt, nicht damit die Vorlagen abgelehnt werden, sondern um sie so zu verbessern, daß sie auch für uns annehmbar werden. Der Herr Minister hätte daher, glaube ich, wohl Anlaß gehabt, Herrn v. Schorlemer etwas freundlicher entgegenzutreten. Dies vorausgeschickt, kommt es mir nun ganz und gar nicht darauf an, die frühere Resulution zu prüfen, die ja die Veranlassung zu unserer Vorlage ist und so ihren Zweck erfüllt hat. Unabhängig von ihr will ich also unsere Vorlage prüfen. Dieselbe bahnt eine Revision der Steuergesetzgebung an und erstrebt eine gerechtere Vertheilung der Steuern. Daß aber damit die Steuerreform überhaupt zu Ende wäre, nehme ich nicht an, sondern glaube, daß auch alle übrigen Steuern einer Revision unterzogen werden müssen. Ich meinerseits hätte gewünscht, daß uns gleich ein solcher allgemeiner Plan der Revision der direkten Steuern vorgelegt wäre; da es aber nicht geschehen ist, wollen wir wenigstens den Anfang nicht zurückweisen. Auch hätte ich gewünscht, daß die Kapitalrentensteuer sich im Rahmen der Einkommensteuer gehalten hätte, wie der Herr Kollege Hobrecht schon gesagt hat. Doch will mir scheinen, als ob das ziemlich einerlei ist. Man müßte dann die Einkommensteuer, soweit dieselbe aus dem Kapital fließt, erhöhen. Wenn die Regierung dagegen geltend macht, daß damit die Kapitalrentensteuer mit zur Grundlage für die Komunalsteuer werde, so glaube ich auch, daß das nicht wird vermieden werden können. Dem aber würde ja durch ein Kommunalsteuergesetz abgeholfen werden können, das wir mit Freuden begrüßen würden. Ich höre nun von verschiedenen Seiten, daß gerade die neue Steuer sehr populär sein würde. Nun, ich bin überzeugt, daß das wesentlich daher kommt, daß man in den Kommunen von den Reicheren und besonders den ganz Reichen ganz erheblichere Zuschüsse zu den Kommunallasten erhalten würde. Es wird nun eine schärfere Veranlagung verlangt. Das aber wird immer die Schattenseite der Steuer sein, daß diese Veranlagung tief in die Verhältnisse der Familien eingreift und wenn Sie die Paragraphen der Gesetze durchlesen, werden Sie das nur bestätigt finden. Dies muß die Kommission ebenfalls scharf ins Auge fassen und möglichst Remedur schaffen. Wenn man so weit geht, daß Jemand an Eidesstatt erklären soll, ob er das Richtige angegeben habe, so läßt sich das absolut nicht rechtfertigen. Wir leiden schon an zuvielen Eiden und diese Art ihrer Vermehrung müßte zu großen Unzuträglichkeiten führen. (Sehr richtig.) Ich bin der Ansicht, man lasse die Bestimmungen über die Ersatzpflicht wie bisher. Im Falle Jemand etwas Falsches deklarirt, so macht man ihm einen Deklarationsprozeß und zieht ihn dann vielleicht mit einer vierfachen Steuer heran. Aber mit Torturen des inneren Menschen und Angriffen auf Ehre und Gewissen kann ich mich nicht einverstanden erklären. — Die Aufhebung des Gesetzes von 1880 kann ich hier heute wenigstens nicht konzediren und müßten jedenfalls dafür Aequivalente geschaffen werden. Das Gesetz sichert den Volksvertretern einen erheblichen Einfluß auf die Einnahmen des Staates, und aus den damaligen Verhandlungen geht hervor, daß die Herren durch jene Kabinetsordre aufs Freudigste überrascht wurden. Es ist ein konstitutionelles Recht, das wir nicht aufgeben können. Auch kann ich nur wünschen, daß die neue Steuer nicht in zu hohem Maße heraufgeschroben werden möge, und möchte gerne, daß in dieser Hinsicht ein Riegel vorgeschoben würde. Wenn der Herr Finanzminister gestern so weit ging, auf die Reichsgesetzgebung zurückzugreifen, so hat mich das in der That höchst empfindlich getroffen. Ich möchte dem Herrn Minister nur sagen, daß meine Freunde und ich von den Bestimmungen von 1879 bei Bewilligung indirekter Steuern kein Jota ablassen werden (Sehr richtig im Zentrum). Die sogenannte Franckenstein'sche Klausel ist eine expresse Bedingung gewesen, und sie jetzt, nachdem erreicht ist, was damit erreicht werden kann, zu streichen, würde eine Zerreißung des einheitlichen Landes bewirken und das Vertrauen zur Regierung absolut erschüttern. Denn wir haben es dabei mit den Delegirten aller Einzelstaaten zu thun, für welche es ein Schutz ist, für die Mitwirkung bei der Steuergesetzgebung. Weiter habe ich das Stenogramm der Rede des Herrn Ministers eingesehen, und da ist es auffallend, daß die Stenographen bei diesem entscheidenden Theile nicht aufgepaßt hatten. (Große Heiterkeit). Es ist nicht etwa Schuld des Herrn Ministers, sondern es ist einfach eine Lücke. Nun es war ja auch eine der Lebhaftigkeit des Herrn Ministers entsprechende Unruhe im Hause. Der Herr Minister folgert daraus, daß ihm kein Vorwurf zu machen sei. Nun diese Erklärung muß mir genügen; aber ich glaube, daß es im Interesse des Herrn Ministers und der Regierung liegt, uns zu sagen, ob an diesem Punkte irgend etwas geändert werden solle. Wenn das geschehen soll, so werde ich mit aller Kraft so lange allen Steuerprojekten entgegentreten, bis diese Bedingung wieder hergestellt ist. (Bravo im Zentrum.) Was die Rückwirkung der Einkommensteuer auf die Wahlen anlangt, so kann meiner Ansicht nach das Klassenwahlsystem bei dieser Steuerreform auf die Dauer nicht bestehen. Wir werden damit ganz sicher auf das allgemeine Wahlrecht kommen. Wollen wir aber versuchen, das alte Wahlrecht in irgend welcher Weise fortbestehen zu lassen, so bleibt uns nur übrig, die Wahlbefugnisse der dritten Klasse gegenüber der ersten und zweiten zu vermehren. Es ist schon jetzt durch den Erlaß der zweiten Steuerstufe eine Verschiebung eingetreten, und diese würde ganz enorm werden, wenn wir weitere Stufen erlassen. Ohne eine Sicherung dagegen ist es unmöglich, der Vorlage beizustimmen. Wir werden das Wahlrecht unter keinen Umständen schädigen lassen. Das ist für uns und für alle eine Lebensfrage. (Ruf rechts: Sehr richtig!) Ich bin Ihnen für Ihre Zustimmung sehr dankbar und wünsche nur, daß sie einstimmig ausgesprochen wäre. (Ruf links: Ist auch gewesen.) Ich meine auch nicht, daß Sie alle gleichzeitig schreien sollen. (Heiterkeit.) Ob die Herren auf der anderen Seite auch so denken, weiß ich nun nicht. (Heiterkeit.) — Nochmals wiederhole ich, daß wir die Vorlagen der Kommission unterbreiten wollen, nicht damit sie abgelehnt, sondern amendirt werden. (Bravo im Zentrum.)

Minister von Scholz: Ich muß mich ausdrücklich gegen den Vorwurf vertheidigen, die Reichsgesetzgebung in die Debatte gezogen zu haben. Ich konnte mich aber gestern Abends des Lächelns nicht enthalten, als ich in dem unkorrigirten Stenogramm gerade an dieser Stelle ein leeres Blatt fand. (Heiterkeit.) Ich war nicht zugegen, als der Antrag gestellt wurde, mein Stenogramm unkorrigirt drucken zu lassen; es wäre eine rechte Belohnung für diesen wohl durchdachten Antrag gewesen, hätte Herr Richter dieses Stenogramm gedruckt erhalten. (Heiterkeit.) Ich habe nun gestern auszuführen versucht, daß die Quotisirung der Einkommensteuer, der Besitz eines solchen beweglichen Faktors, aus praktischen Rücksichten nicht zu erstreben sei. Dazu habe ich nicht die Reichsgesetzgebung herbeigezogen, sondern Sie nur aufgefordert, sich zwei Dinge in der Welt anzusehen, wo solche beweglichen Faktoren vorhanden sind. Die Kommunalsteuer und die Unsicherheit des Ergebnisses bei den Matrikularbeiträgen, die wir gerade vermeiden wollten. Ein Mangel ist es, wenn der deutsche Einzelstaat mit Bangen auf das Zustandekommen des Reichsetats sehen muß, um danach erst seine Steuern einzurichten. Für den Fall, daß Herrn Windthorst das nicht genügt, so erkläre ich nochmals: ich habe mit keiner Silbe auf die Reichssteuergesetzgebung rücksichtigen wollen. In Bezug auf das Wahlrecht möchte ich noch Folgendes bemerken: Der Antrag der Regierung geht dahin, das Wahlrecht der ärmeren Klassen thunlichst ungeschmälert zu lassen. (Rufe: Thunlichst! Heiterkeit.) Ja, thunlichst, denn was man eben nicht mehr thun kann, ist nicht thunlich. (Heiterkeit.) Und ich glaube, daß die Kommission die gegebenen Fingerzeige wird ins Auge zu fassen haben. Gegen wen hat endlich das Gesetz von 1880 eine Garantie oder Bürgschaft geben sollen? Es ist doch nur gemacht, damit bei der Zweitheilung unserer politischen Existenz in Reich und Staat, wo ein Faktor die Einnahmen zu bewilligen, der Andere über die Ausgaben zu bestimmen hat, eine Information über die vorhandenen Bedürfnisse möglich war. Die Nothwendigkeit einer solchen Garantie ist mit den veränderten Verhältnissen doch gefallen! Es war ein großer Fortschritt, als 1828 die Verzettelung der Einkünfte dadurch, daß sie auf bestimmte Ausgaben vertheilt wurden, durch die Einführung einer einheitlichen Staatskasse fortgeschafft wurde. Soll dies Verhältniß wieder aufgehoben werden? Alle derartigen Vorschläge haben stets einen hübschen Anstrich von Mißtrauen gegen die Regierung. Nach meiner Ueberzeugung brauchen wir derartige Verwendungsgesetze gar nicht. (Sehr richtig rechts); nach Ihrer Ueberzeugung (zur Linken gewendet) sind wir gezwungen, diese unnatürlichen Wege einzuschlagen. Geben Sie einmal dieses Mißtrauen gegen die Regierung auf, daß die Mittel nicht richtig verwendet werden, und Sie werden sehen, daß wir uns bald einigen würden. Auch eine Bürgschaft gegen ein schärferes Anziehen der Steuerschraube liegt keineswegs in diesem Gesetze. Mit bloßen Kautelen, die den Censiten vor zu starker Besteuerung schützen sollen, werden Sie nichts erreichen. Wir wollen nicht neue Lasten auflegen; was die Steuer bringt, soll sie ohne Druck bringen. Dazu nützt auch die Quotisirung gar nichts und der Abg. Windthorst wird mich auch in diesem Punkte eher auf seiner Seite sehen als entschieden feindlich gegen ihn sein würde. Wie der Abg. Hobrecht eine Verpflichtung des hohen Hauses und der Regierung dem Reichstage gegenüber konstituirt, Verwendungsgesetze zu beschaffen, kann ich nicht verstehen. Es darf doch nicht irgend jemand im Reichstage fragen, was für ein Gebrauch im Einzelnen von den im Reichstage bewilligten Summen gemacht wird. — Zum Schlusse muß ich konstatiren, daß die Redner von heute fast sämmtlich für unsern Hauptzweck sehr wenig Sympathie bekundet haben, für die Aufhebung der dritten und vierten Klasse. Was aus dem Verhältniß zu den Kommunalsteuern dagegen geltend gemacht wurde, ist keineswegs zutreffend gewesen. Auch nach dieser Seite wird auf die Dauer eine Abhilfe immer dringender, und sobald als möglich sollen auch neue Gesetze über die Kommunalsteuer, Erleichterung der Schullasten u. s. w. eingebracht werden. Namentlich das Gesetz über die Erleichterung der Kommunallasten ist ja schon in der Thronrede und wiederholt vom Regierungstisch verkündigt worden. Einen großen Plan einer allgemeinen Steuerreform hier vorzulegen und zu spezialisiren, wie der Abg. Windthorst wünschte, würde ich für sehr bedenklich halten. Wir wollen uns auf das beschränken, was uns vorliegt; es ist die einzige Möglichkeit, zu guten Resultaten zu gelangen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Reichensperger (Köln) spricht sich für eine organische Steuerreform aus. Herr Wagner habe sich heute eigenthümlicherweise auf die liberalen Gesetzgebungen Bayerns und Württembergs zurückgezogen, sich aber wohlweislich gehütet auf die englische freisinnige Gesetzgebung sich zu beziehen, wo die Einkommensteuer lediglich eine kleine Ertragssteuer sei ohne exekutorische Beigaben, die man bei uns kennt. Gladstone ist Herrn Wagner mit seinen süddeutschen Liberalen doch noch über. (Heiterkeit.) Es sei sehr schwierig, das Wort wahr zu machen, daß der Reiche stärker besteuert werde, als der Arme. Es kommen im Leben außer der Einkommensteuer noch andere Steuern in Betracht und es sei dahin zu streben, daß die erstere zu den anderen in richtiges Verhältniß gebracht werde. Redner kritisirt das Gesetz in seinen einzelnen Bestimmungen, besonders die Deklarationspflicht und das Einschätzungsverfahren, legt an einzelnen Beispielen die darin herrschenden Mängel dar und erklärt sich gegen jede Verschärfung des Einkommensteuerverfahrens. Man sehe jetzt die Couponscheere als eine gefährliche Waffe an (Heiterkeit); man möge nicht allzu rigoros gegen die besitzende Klasse vorgehen, das sei dem Sparsamkeitssinn der Bevölkerung nicht sehr zuträglich. Mit dem Steuerpatriotismus sei es nicht weit her, jeder bezahle so wenig als er kann. (Heiterkeit.) Geeignete Steuerobjekte seien Zucker und Tabak, die noch viel zu wenig belastet seien, letzteres wenigstens als Blättertabak; es sei nicht richtig, daß der kleine Mann an Tabakssteuer so viel entrichte, wie der Tabakraucher. Jetzt, wo eine wahre Quellensucherei nach neuen Steuern bestehe, sei es verwunderlich, daß man noch nicht Steuern auf Luxuswagen, Pferde, Spiegel u. s. w. erhebe, was mit wenigen Umständen verbunden wäre, als die Erhebung der Einkommensteuer (Heiterkeit). Wir befinden uns auf finanzpolitischem Gebiete in einem Zustande der Gährung, hoffentlich werde daraus hervorgehen, was dem Vaterlande frommt. Von dieser Vorlage könne man das nicht behaupten. (Beifall im Zentrum).

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Richter fordert den Abg. Wagner auf, ihm eine einzige Seite aus dem „Reichsfreund“ anzuführen, in der eine größere Belastung der Grundrente empfohlen werde. In Bezug auf die Wahrheitsliebe bilde sich Wagner nach dem Muster seines Freundes Stöcker. (Unruhe rechts.) Im Uebrigen sei es ihm ganz genehm, daß Wagner in heftigster und erbittertster Weise alles, worüber er an Deklamationen, Redensarten, Schlagwörtern und Gemeinplätzen verfüge vorbringe, er halte ja doch nur immer die eine christlich-soziale Rede. Er wolle Entlastung von Steuern, Wagner sei ein Steuerfanatiker.

Abg. Wagner entgegnet, daß er keine spezielle Rede im „Reichsfreund“ im Sinne gehabt habe, sondern nur im Allgemeinen an die liberalen Blätter, besonders die „Nationalzeitung“ gedacht habe.

Abg. Richter konstatirt, daß Wagner abermals der Unwahrheit überführt sei.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß 4½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, den 16. Januar.

— Der Mittheilung, daß durch Erledigung des suburbikaren Bisthums Palestrina die Aussicht eröffnet wäre, den Grafen Ledochowski zum Kardinalbischof zu ernennen, ist mit dem Hinweise widersprochen worden, dem Grafen gingen noch acht Kurienkardinäle vorauf, und man pflege hierbei nach der Anciennetät zu verfahren. Die letztere Behauptung trifft, wie die „Voss. Ztg.“ bemerkt, nicht zu, die Kurie weicht nicht selten und ganz nach Belieben davon ab, wie auch die fünf noch vorhandenen Kardinalbischöfe nicht nach ihrer Anciennetät als Kardinäle mit suburbikaren Bisthümern betraut worden sind, nämlich di Pietro wurde 1856, Sacconi 1861, Bilio 1866, Pitra 1863 und Prinz Hohenlohe 1866 Kardinal. Außerdem ist es auch nicht nothwendig, daß der neue Kardinalbischof gerade das offene Palestrina erhält, da es den anderen suburbikaren Bischöfen freisteht, für das freigewordene Bisthum zu optiren.

— Durch ein Extrablatt theilt der ultramontane „Westfäl. Merk.“ seinen Lesern die Nachricht mit, daß die Rückberufung des Bischofs von Münster beschlossene Sache sei, indeß würden gegenwärtig noch Verhandlungen, „wie früher in Limburg“, gepflogen. Von dem Resultate jener Limburger Verhandlungen ist in der Oeffentlichkeit nichts bekannt geworden. Bischof Brinkmann bedarf aber auch noch einer anderen Begnadigung, sonst würde er nur auf dem Wege durch das Gefängniß und mit einjährigem Aufenthalte daselbst auf seinen kirchenfürstlichen Stuhl zurückkehren können. Laut Erkenntniß nämlich des königlichen Kreisgerichts zu Münster, Abtheilung für Strafsachen, publizirt am 14. Dezember 1876, welches Erkenntniß seitdem längst Rechtskraft beschritten hat, war „der ehemalige Bischof Dr. Johann Bernhard Brinkmann der Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder schuldig und dafür mit einem Jahr Gefängniß zu bestrafen.“ Gleichzeitig war damals der ehemalige Generalvikar Dr. Joseph Giese der Theilnahme an der Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder, der vorsätzlichen Beiseiteschaffung amtlich zugänglicher Urkunden und der vorsätzlichen Beiseiteschaffung amtlich aufbewahrter Akten, sowie der Anstiftung des Geistlichen Howersath zur vorsätzlichen Beiseiteschaffung amtlich aufbewahrter Akten schuldig befunden und dafür mit zwei Jahren Gefängniß belegt worden.

— Der Kultusminister von Goßler hat (anscheinend gegen den Willen der städtischen Behörden) die Umwandelung der Simultanschule in Ehrenbreitstein in konfessionelle Schulen verfügt.

Agram, 16. Jan. In der heutigen Sitzung des Landtags fragte der Abgeordnete Barcic, warum dem Abg. Starcevic's der Eintritt in das Landtagsgebäude durch Gendarmerie verwehrt worden sei. Der Präsident erwiderte, er habe dies im Interesse der Ordnung verfügt, da Starcevic sich geäußert, er werde trotz seiner Ausschließung in den Sitzungssaal kommen.

London, 16. Jan. Ein „Reutersches“ Telegramm aus Suakim vom 11. d. Mts. meldet: Baker Pascha sei von Massowah nach Suakim zurückgekehrt, wie es heißt, handele es sich darum, die Operationsbasis von Suakim nach Massowah zu verlegen.

Petersburg, 16. Jan. Laut Hofansage wird am 6. (18.) Januar, dem Wasser-Weihfeste, im Winterpalais die übliche Auffahrt der Hofstaaten, Staatswürdenträger, des diplomatischen Korps, der Generalität und des Offizierkorps stattfinden. — Den „Nowosti“ zufolge wird der demnächst von einer Revisionsreise aus Turkestan zurückkehrende Geheimrath von Giers, welcher dem Ministerium des Innern angehört, zum Mitgliede der Juden-Kommission ernannt werden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 16. Jan. Die Abgeordnetenkammer hat heute den Antrag Gabler, den Postschalterdienst an Sonn- und Festtagen von 8 auf 4 Stunden zu beschränken, angenommen.

Nürnberg, 16. Jan. Bei der heutigen Ersatzwahl zur Abgeordnetenkammer wurde der Thierarzt Uebler in Altdorf (fortschrittlich) mit 207 von 222 Stimmen gewählt.

Karlsruhe, 16. Jan. [Landtag.] Bei Berathung des Budgets des Staatsministeriums wurde von Seiten der Opposition detaillirte Auskunft über die Stellung, Beschäftigung und Verantwortlichkeit des jüngst ernannten Ministerialdirektors Eisenlohr verlangt. Staatsminister Turban präzisirte eingehend die durchaus korrekte und legale Stellung Eisenlohrs im Ministerium. Der Ministerialdirektor sei nicht Vizepräsident des Staatsministeriums, sondern blos Vizepräsident des Ministeriums des Innern. Die volle Verantwortlichkeit des Ministers bleibe aufrecht erhalten. Die Stellung des Ministerialdirektors sei staatsrechtlich und verfassungsmäßig begründet und resultire aus der früher von der Kammer begehrten Vereinfachung in der Organisation der obersten Staatsbehörden. Die Position wurde darauf bewilligt.

Wien, 16. Jan. Gestern fand hier eine Konferenz zwischen einer Deputation böhmischer Zuckerindustrieller und der Nordwest-Schifffahrtsgesellschaft wegen der Elbefrachttarife für

Zucker statt. Die Nordwest-Schifffahrtsgesellschaft zeigte der „Presse“ zufolge ein prizipielles Entgegenkommen. Der Generaldirektor Rittershausen ist nach Dresden abgereist, um die Angelegenheit mit der zu der Gesellschaft im Kartellverhältniß stehenden Dresdener „Kette“ zu besprechen.

Pest, 16. Jan. Im Verlaufe der heutigen Sitzung des Unterhauses stellte der Ministerpräsident Tisza in Abrede, daß er sich um die Unterstützung der Opposition bewerbe; er habe sich allerdings mit den Abgeordneten Iranyi und Szilagyi wegen eines einheitlichen Vorgehens bezüglich der Mischehe-Vorlage ins Einvernehmen gesetzt. Bisher sei ihm aber ein solches Verfahren noch nie zum Vorwurfe gemacht worden, es sei ihm vielmehr häufig vorgehalten worden, daß er dies außer Acht lasse. Tisza wies die Behauptung zurück, daß Interessengruppen auf der Rechten säßen, wohl aber sitze dort eine einheitliche Interessengruppe, deren Interesse das Wohl des Vaterlandes sei und welche, trotz aller Verdächtigungen, ihre Pflicht erfülle.

Paris, 16. Jan. Laut einem Telegramme des Gouverneurs von Cochinchina aus Saigon von heute ist die Besetzung der Zitadelle von Hue im Prinzip beschlossen; die Freibeuterbanden in Annam sind zerstreut, ihre Führer bestraft. — Präsident Grévy empfing gestern den deutschen Botschafter, Fürsten Hohenlohe, welcher sich heute nach Berlin begiebt. An dem morgen im Elysée stattfindenden Diner wird Fürst Hohenlohe demnach nicht theilnehmen. — Der vor längerer Zeit wegen sozialistischer Umtriebe verhaftete Fürst Krapotkin, der bisher in Clairvaux gefangen gehalten wurde, ist nach hier überführt worden.

Montreux, 16. Jan. Der russische Minister, v. Giers, hat heute Morgen die Rückreise angetreten und beabsichtigt in Freiburg im Breisgau zu übernachten und von da sich, wie bekannt, über Stuttgart nach Wien zu begeben. Der Minister ist von seinem Sohne Konstantin und von dem Fürsten Cantacuzène, Botschaftsrath bei der russischen Botschaft in London, begleitet.

Brüssel, 16. Jan. In der Kammer der Repräsentanten brachte der Abgeordnete Jacobs die Reklamationen zur Sprache, deren Gegenstand die beabsichtigte Erhebung einer Abgabe für die Benutzung der Antwerpener Schifffahrtsquais sei. Der Finanzminister erklärte, die Verhandlungen über das Erträgniß der Quais schwebten noch zwischen der Regierung und der Stadt Antwerpen; irgend welche Ziffer sei noch nicht festgesetzt, insbesondere nicht die von der Presse gemeldete Ziffer von 7 Frcs. pro Meter.

Madrid, 16. Jan. (Ausführl. Meldung.) In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wies Castelar auf den Einfluß hin, den die in Frankreich jeweilig herrschenden monarchischen oder demokratischen Prinzipien auf Spanien ausübten und sprach sich gegen die Reise des Königs nach Deutschland aus. Spanien bedürfe der Ruhe und müsse sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder enthalten. Der frühere Minister des Auswärtigen, Veja de Armijo, erwiderte, es gebe kein Dokument, nach welchem Spanien eine Allianz mit einer fremden Macht eingegangen sei. Die Reise des Königs habe keine Allianzzwecke gehabt, Deutschlands Verhalten Spanien gegenüber sei schon seit Jahren ein äußerst freundliches gewesen. Anlangend die Vorgänge, die sich bei der Ankunft des Königs in Paris am 29. September v. J. zugetragen hätten, so habe die Regierung nach den Erklärungen, die der Präsident Grévy dem Könige Alfons deshalb gemacht habe, weitere Erklärungen von der französischen Regierung nicht verlangt. Der Minister des Innern, Moret y Prendergast, erklärte in Bezug auf die innere Lage, das Kabinet werde, wenn die Majorität des Hauses die vorgeschlagene Transaktion acceptire, seine Entlassung geben, damit der König mit Unterstützung der alten Majorität und der ministeriellen Linken ein neues Kabinet bilden könne.

London, 16. Jan. In einem gestern Abend in Newcastle stattgehabten Meeting wies der Präsident des Handelsministeriums, Chamberlain, auf die wiederholten Zusicherungen der Regierung hin, daß die englischen Truppen Egypten verlassen würden, sobald daselbst die Ordnung hergestellt sei. Die Cholera und die Niederlage Hicks Paschas hätten die Ausführung dieser Zusagen verzögert, die englische Regierung könne Egypten nicht der Anarchie preisgeben, andererseits werde und dürfe die Regierung keine der von ihr gemachten Zusicherungen zurückziehen. Die Aufgabe, die die englische Regierung übernommen, sei schwieriger als sie ursprünglich angenommen und werde mehr Zeit erfordern, als sie vorausgesetzt habe, es sei aber nichts eingetreten, daß ihn glauben lassen könnte, daß die übernommene Aufgabe mit der Zeit und bei Geduld und Klugheit nicht gleichwohl vollständig gelöst werden könne.

Washington, 15. Jan. Das Repräsentantenhaus hat mehrere Resolutionen angenommen, in welchen der Präsident Arthur um Informationen über die Frage der zu geringen Werthdeklarirung der von auswärts importirten Waaren ersucht wird, wodurch Hinterziehung in den Zolleinnahmen der Vereinigten Staaten herbeigeführt werden. Gleichzeitig wird der Präsident aufgefordert, der Gesetzgebung die zur Verhütung solcher Hinterziehungen erforderlichen Vorlagen zu machen. — Dem Vernehmen nach wird die Finanzkommission dem Kongreß demnächst eine Bill unterbreiten, durch welche erhebliche, wenn auch nicht allgemeine Zollreduktionen vorgeschlagen werden.

Wien, 17. Jan. In der Gegend von Linz nächst Hallstadt ist ein Lawinensturz erfolgt, durch welchen der Wald arg verheert wurde. Der Bahnkörper ist auf dreihundert Meter unterbrochen. Die Lawine ist 15 Meter hoch.

Köln, 16. Jan. Dombau-Lotterie. 75,000 Mk. fielen auf Nr. 2639, 3000 Mk. auf Nr. 324591, 30,000 Mk auf Nr. 109,352, 15,000 Mk. auf Nr. 51,132, je 6000 Mk. auf Nr. 85,827 und 240,181, 3000 Mk. auf Nr. 106,148.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Januar Morgens 1,52 Meter.
„ „ 16. „ Mittags 1,60 „
17. „ Morgens 1,72 „

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad.
16. Nachm. 2	755,6	NW lebhaft	bedeckt [1]	+ 5,2
16. Abnds. 10	757,2	NW lebhaft	bedeckt	+ 5,4
17. Morgs. 6	757,5	NW stark	bedeckt	+ 3,4

[1]) Regenhöhe: 0,3 mm.
Am 16. Wärme-Maximum: + 5°5 Celf.
„ „ Wärme-Minimum: — 1°8 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 16. Jan. (Schluß-Course.) Matt, auf Realisirungen.

Lond. Wechsel 20,38. Pariser do. 81,00. Wiener do. 168,32. K.-M. S.-A. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 107⅛. K.-M.-Pr.-Anth. 126⅜. Reichsanl. 102⅛. Reichsbank 148⅜. Darmstb. 150⅛. Meining. Bk. 92⅛. Oest.-ung. Bank 703,00. Kreditaktien 258¼. Silberrente 67⅛. Papierrente 66¾. Goldrente 84⅜. Ung. Goldrente 74¾. 1860er Loose 119⅛, 1864er Loose 312,00, Ung. Staatsl. 219,50. do. Ostb.-Obl. II. 97 1/16 Böhm. Westbahn 257. Elisabethb. —. Nordwestbahn 156⅝, Galizier 246¾. Franzosen 267⅞. Lombarden 119⅛. Italiener 91⅜, 1877er Russen 89⅜, 1880er Russen 70⅞. II. Orientanl. 55⅞. Zentr. Pacific 111. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. —. Wiener Bankverein 94⅛. 5% österreichische Papierrente —. Buschterader —. Egypter 66, Gotthardbahn 86¾.

Türken —. Edison 108⅜. Lübeck-Büchener 153. Lothr. Eisenwerke —. Marienburg-Mlawka —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 258⅜. Franzosen 268½. Galizier 247¼, Lombarden 119⅜, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Egypter 66 7/16, Gotthardbahn —, Spanier —, Marienburg-Mlawka —, 1880er Russen —

Wien, 16. Jan. (Schluß-Course.) Gedrückt.

Papierrente 79,45 Silberrente 80,10. Oesterr. Goldrente 100,15, 6-proz. ungarische Goldrente 121,25. 4-proz. ung. Goldrente 88,65. 5-proz. ungar. Papierrente 86,45. 1854er Loose 122,70, 1860er Loose 137,80. 1864er Loose 169,00 Kreditloose 170,50, ungar. Prämien 112,90 Kreditaktien 297,75. Franzosen 316,30 Lombarden 141,80. Galizier 292,20 Kasch.-Oderb. 145,70. Pardubitzer 148,50. Nordwestbahn 186,00 Elisabethbahn 227,70 Nordbahn 2535,00. Oesterr.-Ung.-Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 110,00. Anglo-Austr. 112,00 Wiener Bankverein 103,80 Ungar. Kredit 295,50. Deutsche Plätze 59,35 Londoner Wechsel 121,15 Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,10 Napoleons 9,60½. Dukaten 5,69. Silber 100,00. Marknoten 59,35 Russische Banknoten 1,17. Lemberg-Czernowitz —,—. Kronpr.-Rudolf 174,70. Franz-Josef —,—. Dux-Bodenbach —,— Böhm. Westb. —,—. Elbthalb. 200,00, Tramway 291,90. Buschterader —,—. Oesterr. 5proz. Papier 94,15.

Nachbörse: Ungar. Kreditaktien 296,50, österreich. Kreditaktien 298,50, Franzosen 318,00, Lombarden —,—, österr. Papierrente —,—, Silberrente —, 4proz. ungar. Goldrente 88,75, Galizier —,—, Elbthalbahn —, Nordbahn —,—, 5proz. österr. Papierrente —. Besser.

Paris, 16 Jan. (Schluß-Course.) Schwach.

3proz. amortisirb. Rente 77,60, 3 prozent 76,47½, 4½ prozentige Anleihe 106,67½, Ital. 5proz. Rente 91,00, Oesterreich. Goldrente 84⅜, 6proz. ungar. Goldrente 101½, 4 proz. ungar. Goldrente 74¼, 5 proz. Russen de 1877 91½, Franzosen 661,25, Lombard-Eisenbahn-Aktien 312,50, Lombard. Prioritäten 292,00, Türken de 1865 8,65, Türkenloose 41,50, III Orientanleihe —.

Credit mobilier 337, Spanier neue 56⅜, Suezkanal-Aktien 1975, Banque ottomane 649, Credit foncier 1237,00, Egypter 331,00, Banque de Paris 840, Banque d'escompte 505,00, Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,18, 5proz. Rumänische Anleihe —.

London, 16 Jan Consols p. Febr. 101 1/16. Italien. 5prozentige Rente 90⅜, Lombarden 12⅜, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 85¼, 5proz. Russen de 1872 84¾ 5proz. Russen de 1873 84½, 5proz. Türken de 1865 8⅝ 4proz. fundirte Amerik. 126⅝. Oesterreichische Silberrente 66½, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 73¼, Oesterr. Goldrente 83½, Spanier 56½, Egypter neue —, do. unif. 65⅞, Ottomanbank 15⅝, Preuß. 4proz. Consols 100¾. Ziemlich fest.

Suez-Aktien 79.

Silber 50⅜ Platzdiskont 2¼ pCt.

Aus der Bank flossen heute 100,000 Pfd. Sterl. nach Egypten.

In die Bank flossen heute 10,000 Pfd Sterl.

Petersburg, 16 Jan Wechsel auf London 23 3/16, II Orient-Anleihe 92, III. Orientanleihe 92½. Privatdiskont 6 pCt. Neue Goldrente 161.

Newyork, 15. Jan. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94⅜, Wechsel auf London 4,84¼, Cable Transfers 4,87½, Wechsel auf Paris 5,18¾, 3½ prozentige fundirte Anleihe —, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 124 Erie-Bahn-Aktien 24⅜, Zentral-Pacific-Bond 111⅜, Newyork Zentralbahn-Aktien 112½, Chicago- und North Western Eisenbahn 142¼.

Geld leicht, für Regierungsbonds 1½, für andere Sicherheiten 1½ Prozent.

Produkten-Kurse.

Köln, 16. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 19,00, fremder 19,25, per März 17,80, per Mai 18,25. Roggen loco hiesiger 15,00, per März 13,85, per Mai 14,40. Hafer loco 14,50. Rüböl loko 35,50, per Mai 34,50.

Bremen, 16. Jan. Petroleum. (Schlußbericht) fest. Standard white loco 8,50 bez., per Jan. — bez., per Febr. 8,50 a 8,55 bez., per März 8,80 a 8,65 bez., per April 8,70 a 8,75 bez, per August-Dez. 9,45 Br.

Hamburg, 16 Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine fest, per Jan. 173,00 Br., 172,00 Gd., per Mai-Juni 175,00 Br., 174,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine fest, per Jan. 132,00 Br., 131,00 Gd., per Mai-Juni 132,00 Br., 131,00 Gd. — Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl still, loco 67,00, per Mai 67,00. Spiritus matt, per Januar 40¾ Br., Febr.-März 41 Br, per April-Mai 41¼ Br, per Mai-Juni 41¼ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack — Petroleum matt, Standard white loco 7,90 Br., 8,80 Gd., per Jan. 8,80 Gd., per Febr.-März 8,75 Gd. — Wetter: Trübe.

Wien, 16 Jan (Getreidemarkt.) Weizen per Jan. 9,55 Gd., 9,60 Br., per Frühjahr 9,70 Gd., 9,75 Br. — Roggen per Frühjahr 8,10 Gd., 8,15 Br, pr. Mai-Juni 8,15 Gd., 8,20 Br., Mais per Mai-Juni 6,98 Gd., 7,03 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,38 G., 7,43 Br., per Mai-Juni 7,43 Gd., 7,48 Br.

Paris, 16. Jan. Produktenmarkt. (Schlußbericht). Weizen ruhig, per Jan. 22,90, per Febr. 23,30, März-April 23,60, per März-Juni 24,10. Roggen ruhig, Jan 15,00, März-Juni 16,00. Mehl 9 Marques weichend, per Januar 48,25. per Februar 48,75, per März-April 50,00, per März-Juni 50,10. — Rüböl beh. per Januar 81,25. per Febr. 80,25, per März-April 79,25, per Mai-August 79,00. — Spiritus ruhig, per Jan. 45,25 per Febr. 45,75, per März-April 46,50 per Mai-August 48,00. Wetter: Milde.

London, 16. Jan. An der Küste angeboten 6 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

London, 16. Jan. Havannazucker Nr. 12 20½ nominell. Centrifugal Kuba 21.

London, 16. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 15,730, Gerste 13,950, Hafer 29,620 Qrts.

Weizen nominell, angekommene Ladungen träge, unverändert, Gerste fest, Mehl gedrückt. Mais und Hafer ruhig.

Leith, 16. Jan. Getreidemarkt. Markt geschäftslos. Weizen unverändert. Gerste theurer, Hafer, Erbsen und Bohnen fest.

Liverpool, 16. Jan. Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Jan.-Febr.-Lieferung 5 11/16, Febr.-März-Lieferung —, März-April-Lieferung —. Mai-Juni-Lieferung 6 1/32, JuniJuli-6 11/64, August-September-Lieferung 6 1/4 d.

Hull, 16. Jan. Getreidemarkt. Weizen williger. Wetter: Milde.

Amsterdam, 16. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, per März 250. Roggen loko fest, auf Termine unverändert, per März 161, per Mai 164. — Rüböl loco 41, per Mai 39⅜, per Herbst 36¾.

Amsterdam, 16. Jan. Bancazinn 52.

Antwerpen, 16. Jan. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko 21 bez. 21¼ Br., per Febr. 21¼ bz. Br., per März 21¼ bz. Br., per September-Dezember 22¾ Br. Weichend.

Marktpreise in Breslau am 16. Januar.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	19 80	18 80	17 60	17 40	16 40	15 60
dto. gelber		18 —	17 10	16 60	16 10	15 60	14 60
Roggen		15 40	15 20	14 50	14 20	14 —	13 80
Gerste		15 80	14 60	13 80	13 30	12 80	12 60
Hafer		14 —	13 60	13 20	13 —	12 60	12 30
Erbsen		18 50	17 50	17 —	16 —	15 50	15 —

Festsetzg. d. v. d. Handelskammer eingef. Kommission		feine M.	feine Pf.	mittel M.	mittel Pf.	ordin. Waare M.	ordin. Waare Pf.
Raps	pro 100 Kilog.	29	40	27	40	25	40
Rübsen, Winterfrucht		28	40	26	40	25	—
dto. Sommerfrucht		28	—	26	—	25	—
Dotter		23	—	22	—	20	—
Schlaglein		22	50	21	—	18	50
Hanfsaat		22	—	21	—	19	50

Kartoffeln, pro 50 Klgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Kg. 6—6,50—7—7,50 Mark pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — **Heu**, per 50 Klgr. 3,10—3,40 Mark, — **Stroh**, per Schock à 600 Klgr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 16. Januar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Kleesaat rothe (per 50 Kg.) ruhig, ordinär 45—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — **Kleesaat** weiße (per 50 Kg.) behauptet, ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—94, hochfein 95—100. — **Roggen** (per 2000 Pfd.) höher. Gekündigt. —,— Ctr. Abgelaufene Kündigungsscheine —, per Jan. 147,00 Br., per Jan.-Febr. 147 Br., per April-Mai 148,00—147,50 bez., per Mai-Juni 150,00 Br., per Juni-Juli 151 Br., per Juli-Aug. 152 Br. — **Weizen** Gek. — Ctr., per Jan. 188 Br. — **Hafer** Gek. — Ctr., per Jan. 127 Br., per April-Mai 130 Br., per Mai-Juni 132 Br., Juni-Juli 136 Br. — **Raps** Gek. — Ctr., per Jan. 305 Br. — **Rüböl** unveränd. Gek. — Ctr., loko in Quantitäten à 5000 Kg. 69,00 Br., per Jan. 66,50 Br., per Jan.-Febr. 66,00 Br., per April-Mai 67,00 Br. — **Spiritus** geschäftslos. Gekündigt — Liter, per Januar 48,50 Gd., per Jan.-Febr. 48,50 Gd., per April-Mai 49,60 Gd., per Mai-Juni 50,00 Gd., per Juni-Juli 50,60 Gd., per Juli-August 51,70 Gd., per August-September 51,80 Gd.

Zink: (per 50 Kilo) fest. **Die Börsen-Kommission.**

Breslau, 16. Jan., 9½ Uhr Vormittags. [Privatbericht.] Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei schwachem Angebot Preise unverändert.

Weizen bei schwachem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. schles. weißer 16,40—18,60—19,70 M., gelber 16,25—17,00—17,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bez. — **Roggen** in ruhiger Haltung, bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto 14,50 bis 14,90 bis 15,50 M., feinster über Notiz. — **Gerste** nur feine Qual. beh., per 100 Kilogr. 12,80—13,80 Mark, weiße 15,30 bis 16,00 Mark. — **Hafer** ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 12,30—13,30 bis 14,00 Mark, feinster über Notiz bezahlt. — **Mais** schwach gefragt, per 100 Kilogramm 12,50—13,00—14,00 M. — **Erbsen** nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. 15,80—17,00—18,80 Mark, Viktoria- 19,00—21,00—22,00 Mark. — **Bohnen** schwach gefragt, per 100 Kilogr. 18,00—19,00—20,00 M. — **Lupinen** in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. gelbe 8,60 bis 9,00 bis 9,30 M., blaue 8,40—8,80—9,20 M. — **Wicken** schwacher Umsatz, per 100 Kilo 14,00 bis 14,50 bis 15,00 Mark. — **Oelsaaten** behauptet. — **Schlaglein** schwach zugeführt, **Schlagleinsaat** per 100 Kilogr. 18,50—21—22,50 M. — **Winterraps**, per 100 Kilogr. 26,75 bis 28,25 bis 29,40 Mark. — **Winterrübsen** per 100 Kilogramm 26,75 bis 28,25 bis 29,00 Mark. — **Sommerrübsen** per 100 Kilogramm 26,00 bis 27,00 bis 28,00 M. — **Leindotter** per 100 Kilogramm 20,00—21,50—22,50 M. — **Rapskuchen** sehr fest, per 50 Kilogr. 7,50—7,70 M., fremde 7,00—7,40. — **Leinkuchen** unverändert, per 50 Kilogr. 8,50—8,80 Mark, fremde 7,40—8,20 M. — **Kleesamen** schwacher Umsatz, rother unverändert, per 50 Kilogr. 48—52—55—59 M., weißer ruhiger, per 50 Kilogr. 65—75—85—96 M., hochfeiner über Notiz. — **Schwedischer Kleesamen** unveränd., per 50 Kilogramm 67—80—98 Mark. — **Tannen-Kleesamen** ruhig, per 50 Kilogramm 60—67—72 Mark. — **Thymothee** ruhig, per 50 Kilogramm 19—21—24 M.

Stettin, 16. Jan. Wetter: Regnig. + 4° R. Barometer 28,4. Wind: NW.

Weizen fest, per 1000 Kilogramm loko gelb und weiß 165—180 M., per April-Mai 179 M. bez., per Mai-Juni 180,5 M. bez., per Juni-Juli 181—182,5—181,5 M. bez., per Juli-Aug. 183 M. bez. — **Roggen** wenig verändert, per 1000 Kilo loko 131—141 M., geringer — M., Russ. — M., per April-Mai 144 M. bez, per Mai-Juni 144,5—144 M. bez., per Juni-Juli 145,5 Mark bez. — **Gerste** stille, per 1000 Kilogramm loko Märkische, Oderbruch und Pommersche 132—138 M., Futter- 124 bis 130 M., feine Brau- 143 bis 166 M. — **Hafer** stille, per 1000 Kilo loko 124 bis 140 M., per Mai-Juni — M. — **Erbsen** ohne Handel. — **Winterraps** per 1000 Kilogr. loko — M., geringer — M. bez. — **Winterrübsen** ohne Handel. — **Rüböl** unverändert, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 67 M. Br., per Januar 65,5 M. Br., per April-Mai 65,5 M. bez., per September-Oktober 63,5 M. Br. — **Spiritus** fest, per 10,000 Liter-pCt. loko ohne Faß 47,7 M. bez., abgelaufene Anmeldungen Lieferung ohne Faß — M. bez., per Jan. 48,2 M. Gd., per Jan.-Febr. —, per Febr.-März — M., per April-Mai 49,2 M. Br. u. Gd., per Mai-Juni 49,8 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,5 M. bez. und Gd. — Angemeldet — Zentner Weizen. — Zentner Roggen, — Zentner Hafer, — Zentner Rüböl, 10,000 Liter Spiritus, — Petroleum. — Regulirungspreise: Weizen — M., Roggen — M., Hafer — M., Rübsen — M., Rüböl 65,5 M., Spiritus 48,2 M. — **Petroleum** loko 9,6 M. tr. bez., Regulirungspreis 9,6 M. tr., alte Usanz 10,00 M. trans. bez, do. per Januar — M. trans. bez., per Febr. — M. tr. bez.

Heutiger Landmarkt: Weizen 172—180 M., Roggen 140—150 M., Gerste 136—143 Mark, Hafer 140—150 Mark, Erbsen 188—200 Mark, Rübsen —,— Mark, Kartoffeln 36—45 Mark, Heu 2,5—3 Mark, Stroh 27—33 Mark. (Ostsee-Ztg.)

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Jan. Wind: SW. — Wetter: Trübe und feucht.

Die Einmüthigkeit in der flauen Tendenz der auswärtigen Märkte bestand heute nicht mehr und aus diesem Grunde nahm der hiesige Verkehr festen Verlauf für die meisten Artikel.

Loko-Weizen andauernd still. Im Terminverkehr zeigte sich ziemlich rege Deckungs- und neue Spekulationsfrage, weil die auswärtigen Nachrichten nicht so übereinstimmend deprimirend lauteten wie bisher. Die leichte Reprise in Newyork hat am Pariser Markte recht feste Tendenz erzeugt, und diese wirkte hier zurück. Unter lebhaften Umsätzen sind die Kurse voll 1 Mark gestiegen und der Schluß blieb fest. In den auswärtigen Offerten ließ sich keine Veränderung gewähren.

Loko-Roggen hatte schwachen Handel zu unveränderten Preisen; feine Waare ist beliebt, aber knapp. Daß das Termingeschäft ganz interesselos verlief, läßt sich schon aus der Geringfügigkeit der Variationen in den Notirungen ermessen. Die Haltung war indeß nichts weniger als flau. Königsberger 117—118 Pfund prompte Waare blieb a 130 M. resp. a 139½ M. cif. Stettin, ein demnächst in Gibraltar fälliger Donau-Dampfer „Umberto" a 125½ M. cif. Hamburg käuflich.

Loko-Hafer matt. Termine behauptet. Roggenmehl fest. Mais unverändert.

Rüböl wenig belebt. Nahe Lieferung behauptete ihren gestrigen Stand gut, andere Termine schwach. Petroleum matt. Spiritus in effektiver Waare stark zugeführt, wurde meist von Reporteuren aufgenommen. Für Termine fehlte Kauflust, so daß an und für sich nur schwaches Angebot dem Markte matte Färbung verlieh. Kurse stellten sich ein geringes niedriger.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loko 165—202 Mark nach Qual., gelbe Lieferungsqualität 172,0 Mark, bunter märkischer — ab Bahn bez., weißer märkischer — ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 174,5—175,75 bez., per Mai-Juni 176,75 bis 176,5—177,25 bez., per Juni-Juli 178,75—179,25 bez., per Juli-Aug. 181—181,5 bez., per Sept.-Okt. 183,5 bez. — Durchschnittspreis — M. — Gekündigt — Zent.

Roggen per 1000 Kilogramm loko 136—154 nach Qualität, Lieferungsqualität 147,0 M., russischer — M. ab Boden und Kahn bezahlt, inländischer geringer klammer mit Geruch 136,5 ab Bahn bez., mittel — ab Bahn bez., abgelaufene Anmeldungen — bez., per diesen Monat und Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 147—147,5—147,25 bez., per Mai-Juni 147,5—147,25 bez., per Juni-Juli 148 bez. — Durchschnittspreis — M. — Gekündigt — Ztr.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 123—205 M. nach Qualität bez., Brenngerste — frei Wagen, Futtergerste — bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loko 126—160 n. Qual., Lieferungsqualität 126,5 M., pommerscher 135—140 bez., guter — bez., schlesischer — bez., feiner — bez., preußischer 136—142 bez., russischer feiner 140 bis 147 ab Bahn bez., guter 134—139 bez., geringer — ab Kahn bez., mittel —, feiner — bez., abgel. Kündigungsscheine — M., per diesen Monat und Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 129,75 bez., per Mai-Juni 130,25 nom., per Juni-Juli 131 nom. — Durchschnittspreis — M. Gekündigt 20,000 Kilogr.

Mais loko 137—141 nach Qualität, per diesen Monat und per April-Mai — bez., Amerikanischer — M. bez., Donau — M. ab Boden bez. — Gekündigt — Zentner. Durchschnittspreis — M. — Durchschnittspreis — M.

Erbsen Kochwaare 180—230, Futterwaare 160—172 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko nach Qual. 22—23,5 M., per diesen Monat —,— per Jan.-Febr. und Febr.-März 21,5 M., per März-April —,— M., per April-Mai — M.

Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko und per diesen Monat 11,2 G., per Jan.-Febr. u. per Febr.-März —, per März-April — Gd. — Durchschnittspreis — M.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko — M., per diesen Monat, per Jan.-Febr. und Febr.-März 21,5 M., per März-April —,— M., per April-Mai — M. Durchschnittspreis — M.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inklusive Sack per diesen Monat und per Jan.-Febr. 19,90 bez., per Febr.-März 20,00 bez., per April-Mai 20,50 bez., per Mai-Juni — bez. Fest. — Gekündigt — Ztr.

Weizenmehl Nr. 00 26,25—24,50, Nr. 0 24,50—23,00, Nr. 0 u. 1 22,00 bis 20,00.

Roggenmehl Nr. 0 22—20,25, Nr. 0 u. 1 20—18 25 M.

Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Faß — bez., ohne Faß — M., per diesen Monat und per Jan.-Februar 66,00 M., per April-Mai 67—66,9 be., per Mai-Juni — bez. Abgelaufene Anmeldungen — bez. Gekündigt 2000 Kilogr.

Petroleum, raffinirtes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Posten von 100 Klogr., loko — M., per diesen Monat 26,7 Mark, per Jan.-Febr. 26,6 M., per Febr.-März 26,1 M., per März-April — bez. — Durchschnittspreis — M. Gek. — Zentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 48,4-48,3 bez., loko mit Faß — bez., Anmeldungen —, mit leihweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus — Mark, per diesen Monat und per Jan.-Febr. 49,1-48,9 bez., per Febr.-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 49,9 bis 49,6 bezahlt, per Mai-Juni 50,1—49,8 bez., per Juni-Juli 50,9 bis 50,7 bezahlt, per Juli-Aug. 51,8—51,6 bez., per Aug.-Sept. 52,4 bis 52,1 bez. — Gekündigt — Liter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Januar. Die heutige Börse eröffnete in matter Haltung und mit zumeist niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die ungünstigen Tendenzmeldungen, welche von den fremden Börsenplätzen vorlagen, von maßgebendem Einfluß. Auch weiterhin blieb die Stimmung hier eine schwache und weitere Kursreduktionen waren die Folge des dauernd überwiegenden Angebots.

Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere der Haupttendenz entsprechend, vielfach etwas schwächer erschienen.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige lagen zumeist schwach und ruhig.

Der Privatdiskont wurde mit 2⅞ pCt. notirt.

Auf internationalem Gebiet setzten Oesterreichische Kreditaktien niedriger ein und gingen mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; auch Franzosen und Lombarden waren matter und ruhig.

Von den fremden Fonds sind russische Anleihen als ziemlich behauptet, Ungarische 4proz. Goldrente und Italiener als schwächer zu nennen.

Deutsche und preußische Staatsfonds waren fest. Inländische Eisenbahnprioritäten in guter Frage, besonders 4½proz. belebt.

Bankaktien waren schwach und ruhig; Deutsche Bank fest, Diskonto-Kommanditantheile und Darmstädter Bank matter.

Industriepapiere schwächer und ruhig; Montanwerthe wenig verändert, Laurahütte und Dortmunder Union behauptet.

Inländische Eisenbahn-Aktien waren matt; Marienburg-Mlawka, Mecklenburgische schwächer; Ostpreußische Südbahn behauptet.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	3½	
Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. 8 T.	3½	
London 1 Lstr. 8 T.	3	
Paris 100 Fr. 8 T.	3	
Wien, öst. Währ. 8 T.	4	168,20 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	6	196,40 bz
Warsch. 100 R. 8 T.	6	199,90 bz

Geldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St.	20,30 G
20-Francs-Stück	16,18 G
Dollars pr. St.	
Imperials pr. St.	16,73 bz
Engl. Banknoten	
Französ. Banknot.	81,00 G
Oesterr. Banknot.	168,30 bz
Russ. Noten 100 R.	197,30 bz

Zinsfuß der Reichsbank.

Wechsel 4 pCt., Lombard 5 pCt.

Fonds- und Staats-Papiere.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,10 G
Konf. Preuß. Anl.	4½	103,00 bz
do. do.	4	102,25 B
Staats-Anleihe	4	101,00 bz
Staats-Schuldsch.	3½	99,00 bz
Kur-u. Neum. Schlv.	3½	99,00 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	103,90 B
do. do.	4	101,50 bz
do. do.	3½	97,50 G
Pfandbriefe		
Berliner	5	108,50 bz
do.	4½	105,40 bzG
do.	4	101,70 bz
Landschaftl. Zentral	4	101,80 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	97,00 bz
do. neue	3½	93,90 bz
do.	4	101,70 bz
N. Brandenb. Kredit	4	
Ostpreußische	3½	92,25 G
do.	4	101,70 B
Pommersche	3½	92,00 B
do.	4	101,80 G
do.	4½	
Posensche neue	4	101,20 bz
Sächsische	4	
Schlesische altland.	3½	95,00 G
do. Lit. A.	3½	
do. neue II.	4½	
Westpr., rittersch.	3½	91,90 bz
do. do.	4	103,00 bzB
do. Neuldsch. II.	4½	
do. do. II.	4	101,40 bzG
Rentenbriefe.		
Kur- u. Neumärk.	4	101,30 bz
Pommersche	4	101,30 bz
Posensche	4	101,10 bz
Preußische	4	101,20 B
Rhein. u. Westf.	4	101,40 bz
Sächsische	4	101,30 bz
Schlesische	4	101,30 bz
Bayer. Anl. 1875	4	102,00 G
Brem. do. 1880	4	
Hamb. St.-Rente	3½	90,25 B
Sächs. do.	3	82,00 bzG
Pr. Pr.-Anl. 1855	3½	137,25 bz
Hess. Pr.-Sch. 40 T.	—	
Bad. Pr.-Anl. 1867	4	132,80 bzG
do. 35 Fl.-Loose	—	229,00 B
Bayer. Präm.-Anl.	4	134,50 bzB
Brnschw. 20 Thlr.-L.	—	97,50 bzG
Cöln-Mind. Pr.-A.	3½	126,30 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	124,00 bz
Dtsch. G. P.-Pfdb. I.	5	115,50 bz
do. do. II. Abth.	5	113,90 bz
Hamb. 50 Thl.-Loose	3	186,90 B
Lüb. 50 Thlr.-Loose	3½	181,50 bz
Mein. 7 Fl.-Loose	—	27,25 B
Mein. H. Pr.-Pfdbr.	4	117,00 B
Oldenb. 40 Thlr.-L.	3	147,25 bz

Ausländische Fonds.

Newyork. St.-Anl.	6	
do. do.	7	
Finnländ. Loose	—	48,30 bz
Italienische Rente	5	91,70 bzG
do. Tabaks-Obl.	6	
Oest. Gold-Rente	4	84,60 bz
do. Papier-Rente	4⅕	
do. do.	5	78,75 G
do. Silber-Rente	4⅕	67,60 bz
do. 250 Fl. 1854	4	113,90ebzB
do. Kreditl. 1858	—	310,50 G
do. Lott.-A. 1860	5	119,50 bzB
do. do. 1864	—	314,00 bzB
Pester Stadt-Anl.	6	89 60 bzG
do. do. kleine	6	89,60 bzG
Poln. Pfandbriefe	5	61,80 bz
do. Liquidat.	4	54,00 bz
Rum. mittel	8	109,60 bz
do. kleine	8	109,70 bz
do. St.-Obligat.	6	103 00 B
do. Staats-Obl.	5	89,50 bz
Russ. Engl. Anl. 1822	5	84,50 G
do. do. 1862	5	84,90 bz
do. do. kleine	5	85,00 bz
do. konf. Anl. 1871	5	85,30 bz
do. do. kleine	5	85,50 bzG
do. do. 1872	5	85,30 bz
do. do. 1873	5	85.30 bz
do. Anleihe 1877	5	92a92,10 bz
do. do. 1880	4	71a71,10bzB
do. Orient-Anl. I.	5	56,00 bzG
do. do. II.	5	56,10 G
do. do. III.	5	55,90 bzG
do. Poln. Schatzobl.	4	85,00 B
do. Pr.-Anl. 1864	5	133,00 bz
do. do. 1866	5	129 40 bz
do. Boden-Kredit	5	85a85,10bzG
do. Ztr. B.-Kr.-Pf.	5	76,40 bz
Schwed. St.-Anl.	4½	103,25 B
Türk. Anl. 1865	fr.	abg. 9,10 B
do. Loose vollg.	fr.	34,80 B
Ung. Goldrente	6	102,50 B
do. do.	4	75,00 B
do. Gold-Inv.-Anl.	5	96,00 G
do. Papierrente	5	72,75ebzG
do. Loose	—	219,50 B
do. St.-Eisb.-Anl.	5	98,90 bzB

Hypotheken-Certifikate.

D. G.-C. B. Pf rz. 110	5	107,40 bz
do. IV. rückz. 110	4½	102,75 bz
do. V. do. 100	4	94,25 bz
D. H. B. P. IV. V. VI.	5	104,10 G
do. do. do.	4½	102,80 B
Krupp. Obl. rz. 110	5	111,25 B
Nordd. Grund-K.	5	101,00 G
Pomm. H.-B. I. 120	5	112,00 G
do. II. u. IV. rz. 110	5	107,25 G
do. III. V. u. VI. 100	5	100,60 bzG
do. II. rz. 110	4½	102,10 bz
do. III. rz. 100	4½	100,00 bzG
Pr. B.-Kr.-B. unkb. Hyp.-Br. rz. 110	5	111,00ebzB
do. rz. 115	4½	109,50 B
do. II. rz. 100	4	98,00 bz
P. C. Pfb. unk. rz. 110	5	115,00 G
do. rz. 110	4½	109,40 bz
do. rz. 100	4½	104,25 G
do. 1880, 81 rz. 100	4	100,10 bz
P. H.-A.-B. I. rz. 120	4½	108,75 B
do. VI. rz. 110	5	109,50 bzB
do. VII. rz. 100	4½	102,00 bzG
do. VIII. rz. 100	4	98,50 bzG
P. H.-B.-A. G. Cert.	4½	102,20ebzG
Schl. Bodkr.-Pfbr.	5	103,50 G
do. do. rz. 110	4½	108,00 B
do. do.	4	99,50 G
Stett. Nat.-H.-K. G.	5	100,60 bzB
do. do. rz. 110	4½	104,10 bzG
do. do. rz. 110	4	98,80 bzG

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dividenden pro 1882.

Aachen-Mastrich	2¼	55,40 bzB
Altona-Kieler	9½	236,25 bzG
Berlin-Dresden	0	16,20 bz
Berlin-Hamburg	19½	410,00 bz
Bresl.-S.-Frbg.	4⅗	119,00 G
Dortm.-Gron.-E.	2¼	61,25 bz
Halle-Sor.-Gub.	0	39 75 bzG
Mainz-Ludwgsh.	3½	107,25 bz
Marnb.-Mlawka	6	84,90 bz
Mckl. Frdr. Franz.	8½	201,50 bz
Münst.-Enschede	0	9,90 bzG
Nordh.-Erf. gar.	0	35,80 bzG
Obschl. A. C. D. E.	11½	271,50 bz
do. (Lit. B. gar.)	11½	196,30 bz
Oels-Gnesen	0	27,50 bzG
Ostpr. Südbahn	4	111,60 bzG
Posen-Creuzb.	0	33,20 B
R.-Oder-U. Bahn	8¾	193,10 G
Starg. Posen gar.	4½	102,80 bz
Tilsit-Insterburg	0	25,10 G
Weim.-Gera (gr.)	4½	35,00 bz
do. 2½ konv.	2½	26,75 bz
do.	0	19,40 G
Werra-Bahn	4½	103,50 bzG
Albrechtsbahn	1⅕	32 00 bzB
Amst.-Rotterdam	7½	150,20 bz
Aussig-Teplitz	14¾	261,75 bz
Baltisch (gar.)	3	53,80 bz
Böh. Westb. (gar.)	7½	128,80 G
Dux-Bodenbach	7⅕	142,75 bz
Elis. Westb. (gar.)	5	95,20 bzG
Franz Jos.	5	85,25 bz
Gal. (C.-L.-B) gr.	7,74	123 50 bzG
Gotthardb. 95%	2½	85,60 bz
Kasch.-Oderb.	4	61,40 bz
Kpr. Rudlfsb. gar.	4½	74,00ebzB
Lüttich-Limburg	0	11 60 bz
Oest. Fr. St.	6⅞	537,00 bz
Oest. Ndwb.	4³⁄₁₀	312,00 bz
do. B. Elb.	5	355,00 bz
Reichenb.-Pard.	3½/7	62,40 bz
Russ. Stsb. (gar.)	7,38	124,90 G
Russ. Südb. (gar.)	5	57,40 bz
Schweiz. Unionsb	0	43,60 bzB
do. Westbahn	0	16 80 bzB
Südöst. p. S. i. M.	1	242,00 bz
Turnau-Prager	5	
Ung.-Galiz.	5	68,70 B
Vorarlberg (gr.)	5	81,50 bz
War.-W. p. S. i. M	5⅗	224,25 B
Angerm.-Schw.	1½	44,50 B
Berl. Dresd. St. P	0	44,80 bzG
Bresl.-Warsch „	2¾	74,75 bzG
Hall.-S.-Gub. „	5	114 00 bzB
Marienb. Mlawka	5	114,75 bzG
Münst.-Enschede	0	25,25 bzG
Nordh.-Erfurt. „	4	111,50 bzG
Oberlausitzer „	0	79,75 bzG
Oels-Gnesen „	2	75,75 bzG
Ostpr. Südb. „	5	118,00 bzG
Posen-Creuzb.	3,85	101,75 bzG
R. Oderuf. St.-P.	8½	193,20 bzG
Saalbahn „	2¾	97,60 bzG
Tilsit-Insterb. „	4	101,50 G
Weimar-Gera „	0	66,25 bzG
Dux-Bodenb. A.	7½	
do. do. B.	7½	

Vom Staate erworbene Eisenb.

Berl.-Stett. St. A	4½	abg. 119,25 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Berg. Märk. II. S.	4½	103,25 G
do. III. S. v. St. 3½ g.	3½	95,30 B
do. VIII. Ser.	4½	103,10 G
do. IX. Ser.	5	103,70 B
Berlin-Anh. A. u. B.	4½	103,10 G
Berlin-Dresd. v. St.	4½	103,75 bzB
Berl.-Görlitzer kon.	4½	103,25 G
do. Lit. B.	4½	103,25 G
Berl.-Hamb. I. II. E.	4	101,40 bz
do. III. konv.	4½	103,20 G
Berl.-P.-Mgd. A. B.	4	101,40 B
do. Lit. C. neue	4	101,40 B
do. Lit. D. neue	4½	104 20 bz
Berl.-St. II. III. VI.	4	101,40 bz
B.-Schw.-F. D. E. F.	4½	103,25 G
do. Lit. G.	4½	103,25 G
do. Lit. H.	4½	103,25 G
do. Lit. I.	4½	103,25 G
do. Lit. K.	4½	103,25 G
do. de 1876	5	103,60 bz
do. de 1879	5	104,00 G
Cöln-Mind. 3½ g. IV.	4	101,40 bzG
do. V. Em.	4	101,40 bzG
do. VI. Em.	4½	105,40 bzG
do. VII. Em.	4½	103,10 G
Hll.-S.-G. St. A. B.	4½	103,50 bz
do. Lit. C. g.	4½	103,50 bz
Märk.-Pos. konv.	4½	103,10 G
Magd.-Leipz. Pr. A	4½	105,50 B
do. do. Lit. B.	4	101,30 G
Magd.-Wittenberge	4½	
do. do.	3	85,40 B
Mainz-Ludw. 68-69	4	
do. do. 1875 1876	5	103,40 bz
do. do. I. II. 1878	5	103,40 bz
do. do. 1881	4	101,00 G
Niedersch.-Mrk. I. S.	4	101,00 G
do. II. S. à 62½ Thl.	4	100,75 bz
N.-M., Obl. I. II. S.	4	101,50 G
do. III. Ser.	4	101,50 G
Nordh.-Erfurt I. E.	4½	103,00 bzG
Oberschl. Lit. A.	4	
do. Lit. B.	3½	
do. Lit. C. u. D.	4	101,30 G
do. gar. Lit. E.	3½	95,10 G
do. gar. 3½ Lit. F.	4½	103,30 G
do. Lit. G.	4½	103,30 G
do. gar. 4% Lit. H.	4½	103,30 G
do. Em. v. 1873	4	101,40 B
do. do. v. 1874	4½	103,30 G
do. do. v. 1879	4½	105,50 bzG
do. do. v. 1880	4½	103,40 G
do. Niederschl. Zwgb.	3½	94,40 G
do. (Starg.-Posen)	4	101,00 G
do. II. u. III. Em.	4½	103,25 B
Oels-Gnesen	4½	102,90 B
Ostpr. Südb. A. B. C.	4½	102,90 B
Posen-Creuzburg	5	
Rechte Oderufer	4½	103,30 G
Rheinische	4	
Rh.-Nahe v. S. g. I. II.	4½	
Thüringer I. Serie	4	101,25 G
do. II. Serie	4½	103,50 G
Weimar-Geraer	4½	
Werrabahn I. Em.	4½	102,50 G
Aachen-Mastrichter	4	96,60 G
Albrechtsbahn gar.	5	81,40 G
Donau-Dmpf. Gold	4	95,20 G
Elis.-Westb. 1873 g.	5	
Gal. C.-Ludwgsb. g.	4½	83,30 G
Gömör. Eisenb. Pfb.	5	101,40 B
Kais.-Ferd.-Nordb.	5	90,40 G
Kasch.-Oderb. gar.	5	83,20 B
Kronpr.-Rud.-B. g.	5	85,75 bzB
do. 1869er gar.	5	85,75 bzB
do. 1872er gar.	5	85,75 bzB
Lemb.-Czernow. gr.	5	80,80 B
do. gar. II. Em.	5	84,60 G
do. gar. III. Em.	5	81,25 G
do. IV. Em.	5	80,10 bz
Oest.-F. S., alt g. St.	3	384,00 G
do. do. gar. 1874 do.	3	380,50 G
do. Ergzungsn. g. do.	3	374,00 bz
Oest.-Franz. Stsb.	5	104,75 bzB
do. II. Em.	5	104,75 bzB
Oest. Nordwb., gar.	5	86,50 bzG
Oest. Lit. B. (Elbeth.)	5	86,40 G
Raab-Graz (Pranl.)	4	
Reich.-P. (S.-N. B.)	5	85,70 G
Schweiz Ctr. N. O. B.	4½	
Södöst. Bahn (Lomb.) 100 F. = 80 M.	3	294,00 bzG
do. do. neue	3	294,00 G
do. Obligat. gar.	5	102,60 bzB
Theißbahn	5	86,10 G
Ung.-G. Verb.-B. g.	5	80,00 e bzG
Ung. Nordostb. gar.	5	78,25 bz
do. Ostb. I. Em. gar.	5	78,20 G
do. do. II. Em. gar.	5	98,00 e bzB
Vorarlberger gar.	5	
Kasch.-Od. g. G. Pr.	5	102,70 G
Oest. Nrdw. Gld.-P.	5	103,30 B
Reich.-P. Gold.-Pr.	5	102,80 G
Ung. Nrdostb. G.-P.	5	99,50 bzB
Brest-Grajewo	5	88,90 bz
Chark.-Asow gar.	5	94,50 B
Chark.-Krement. g.	5	94,00 bzB
Gr. Russ. Eisb.-G.	3	66,80 bzB
Jelez-Orel gar.	5	93,75 G
Jelez-Woronesch g.	5	
Koslow-Woronschg.	5	99,70 bz
do. Obligationen	5	83,50 bzB
Kursk-Charkow gar.	5	93,80 B
Kursk-Chark.-Asow	5	85,00 bz
Kursk-Kiew gar.	5	101,70 bzB
do. kleine	5	101,70 bzB
Losowo-Sewastopol	5	75,50 bz
Mosco-Rjäsan gar.	5	103,90 e bzB
Mosco-Smolensk g.	5	96,00 e bzB
Orel-Griasy	5	79,40 B
Rjäsan-Koslow. g.	5	101,30 bzG
Rjaschk-Morczsk. g.	5	91,75 G
Rybinsk-Bologoye	5	83,00 B
do. II. Em.	5	73,00 bzG
Schuja-Iwanowo g.	5	95,40 bz
Warschau-Teresp. g.	5	95,25 bz
Warschau-Wiener II.	5	102,60 G
do. III. Em.	5	102,60 bz
do. VI. Em.	5	100,75 bzG
Zarskoe-Selo	5	65,00 bz

Bank-Aktien.

Dividende pro 1882.

Badische Bank	6½	118,50 G
B. f. Sprit u. Prd.	5⅓	76,50 bzG
Berl. Kassenver.	10	abg. 132,50bG
do. Handelsges.	0	118,25 bzG
do. Prd. u. Hnd.	4½	95 20 bz
Braunschw. Krdb.	6	104 00 bzG
do. Hypothek.	5	87,25 B
Bresl. Disk.-Bank	5½	87,80 G
do. Wechslerb.	6⅔	99,00 bz
Danziger Privb.	6⅔	118,25 G
Darmst. Bank	8½	150,80 bzB
do. Zettelbank	5½	110,75 G
Deutsche Bank	10	143,25 bz
do. Effekt. Hahn	10	127,50 G
do. Genossensch.	7½	124,50 G
do. Hp.-Bk. 60% B.	5	89,40 B
Diskonto-Komm.	10½	189,60 bz
Dresdener Bank	8	120,90 bzB
Dortm. Bkv. 50%	5	98,25 G
Eff.-Maklbk. 50%	14	105,75 B
Goth. Grundkrdb.	4	54,90 bzG
do. do. neue 40%	4	72,25 bzG
Hamb. Komm. Bk.	7½	126,10 G
Landw. B. Berlin	0	89,75 bzG
Leipz. Krd.-Anst.	9⅔	164,90 e bzB
Leipz. Disk.	7	106,00 bzG
Magd. Privatb.	6	117,25 B
Meckl. Hyp.-Bank	5½	98,50 bzG
Meininger Kredit	5½	93,00 B
do. Hyp.-B. 40%	4½	92,00 bzG
Nat.-B. f. D. 50%	6½	97,00 bzG
Niederlaus. Bank	5½	91,00 G
Nordd. Ban	8½	150,10 bzG
Nordd. Grundkb.	0	42,25 G
Oest. Krd. A. p. St.	9⅔	
Oldenb. Spar-B.	15	152,00 B
Petersb. Dis.-B.	15	108,75 G
Petersb. It. B.	12⅔	89,90 bz
Pomm. Hyp.-Bk.	0	57,50 bzB
Posener Prov.	7⅕	120,75 G
Pos. Landw. B.	5	
Pos. Sprit-Bank	5	80,75 G
Preuß. Bodnk.-B.	6⅔	101,25 bzG
Pr. Cntr. Bd. 40%	8⅔	125,50 bzG
Pr. Hyp.-Akt.-Bk.	5	89,00 G
Pr. H. B. A. G. 25%	4	93,75 G
Pr. Imm.-B. 80%	8	
Reichsbank	7,05	148,75 G
Rostocker Bank	5⅔	100,75 G
Sächsische Bank	5⅔	123,20 B
Schaffh. B.-Ver.	4	91,10 G
Schles. Bank-V.	6	108,40 G
Südd. Bod. Kred.	6½	131,75 bzG
V.-B. Hamb. 40%	8	
Warsch. Kom.-B.	9½	77,00 G
Weimar. Bk. konv.	5	89,25 G
Württ. Vereinsb.	7½	127,30 G

Industrie-Aktien.

Dividende pro 1882.

Bochum-Brwk. A	0	85,30 G
Donnersm.-H.	3½	61,50 bzB
Dortm. Union	0	24,00 B
do. St. Pr. A. L. A.	5	82,75 bzB
do. Part.-O. rz. 110	5	107,40 bzG
Gelsenk. Bergw.	7	118,40 bz
Georg. Marienh.	5	72,00 B
do. Stamm-Pr.	5	82,25 G
Görl. Eisenbahnb.	12	149,50 G
Gr. Berl. Pferdeb.	8½	191,80 bz
Hartm. Maschin.	6	
Hib. u. Sham.	5½	95,50 bz
Hörd. H.-B. konv.	—	66,00 G
Königin Marienh.	4½	60,25 bzG
Lauchhammer	2	42,50 G
Laurahütte	8	113,25 bzB
Luise Tiefbau	2½	45,75 bzB
Oberschl. E.-Bed.	3	59,90 G
Phönix Bergw.	6	86,50 bzB
do. do. Lit. B.	0	33,75 bzB
Schering	12	158,50 G
Stolberger Zink	1	24,80 bz
Westf. Drht.-Ind.	9	106,50 bzG
Berl. Holz-Compt.	6½	96,30 bz
do. Immob.-Ges.	4⅔	84,25 bz
do. Viehmarkt	0	29,00 bzG
Berzelius Bgwk.	8	100,50 G
Borussia, Bgwk.	3	118,75 bzG
Brauer. Königst.	0	80,50 bzG
Bresl. Oelfabr.	4⅔	58,00 B
do. Straßenb.	5½	124,00 B
do. Wagg.-Fabr.	9½	143 00 bzG
do. Wg. (Hoffm.)	10	138,00 G
Egells Maschfbr.	0	
do. do. Oblig.	—	
Erdmannsb. Sp.	0	
Glauzig. Zuckerf.	8½	92,00 bzG
Inowr. Steinsalz	8	74,00 bzG
Körbisd. Zuckerf.	9½	146,00 G
Marienb. Koz	0	36,10 B
Masch. Wöhlert	0	
Oelh. Pet.-Ind.	—	38,50 bzG
Pluto, Bergwerk	0	65,00 G
Redenhütte konf.	10	104,25 G
do. Oblig.	6	112,70 B
Schles. Kohlenw.	4	
do. Lein. Kramst.	6½	114,00 G
Westf. Un. St. Pr.	3	73,00 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (Emil Röstel in) Posen.